

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 22. Januar 1863.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen: die Herren Bartels, Degener und Grund.

Herr Landyndicus Desterreich eröffnete die heutige Sitzung als das älteste Mitglied der Versammlung, und Herr Oberbürgermeister Caspari begrüßte dieselbe mit einer kurzen Ansprache, in welcher er die Mitglieder beim Beginn der neuen Sitzungsperiode willkommen hieß und die Hoffnung aussprach, daß auch in Zukunft das bisherige Einvernehmen der beiden Factoren der städtischen Verwaltung nicht werde gestört werden.

Die Versammlung wählte hierauf durch Stimmzettel zum Vorsitzenden für das Jahr 1863 Herrn Landyndicus Desterreich, welcher mit einigen Worten für das ihm wiederum bewiesene Zutrauen seinen Dank aussprach, und zum Stellvertreter des Vorsitzenden Herrn Obergerichts-Advocaten Haeußler.

Hierauf wurde das Protokoll der Sitzung vom 18. December 1862 verlesen und nach Erledigung einer Reclamation genehmigt.

Es kam ferner zur Verlesung ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 3. d. M., in welchem derselbe in Bezug auf den in der letzten Sitzung von der Versammlung hinsichtlich des Betriebsfonds der Stadtcasse gefassten Beschlufs erwiedert:

„daß auch der Stadtmagistrat einen Betriebsfonds der Stadtcasse von 30,000  $\mathfrak{M}$  für genügend halte und nichts dagegen zu erinnern finde, daß falls der Cassenvorrath der Stadtcasse am Schlusse der Jahresrechnung mehr als jene Summe beträgt, über die Verwendung der überschüssenden Summen von den städtischen Verwaltungs-Organen Beschlufs gefasst werde, zu welchem Ende er den Stadtverordneten alljährlich, nach Eingang der Stadtcassenrechnung, besondere Vorschläge zu machen nicht verfehlen werde.“

Auch theilte der Herr Vorsitzende mit, daß aus Frankfurt a. D. ein lithographirter Sitzungsbericht einer Versammlung der Stadtvertretung zu Graz in Steyermark an die hiesige Stadtverordneten-Versammlung eingegangen sei, der indessen ausschließlich lokale Interessen jener Stadt betreffe und daher einfach zu den Acten zu nehmen sein werde. —

Herr Kellner, welchem zunächst das Wort ertheilt wurde, brachte zur Sprache, daß nach einer neulichen Bekanntmachung der Herzoglichen Polizeidirection die Verfügung getroffen sei, daß während der Messe die Wochenmärkte statt auf dem Altstadtmarkte, auf dem Plage zwischen der Martinikirche und dem Landschaftlichen Hause abgehalten werden sollten. Diese Anordnung widerstreite dem Herkommen und den Rechten des Egidienmarktes, und wenn auch die Stadtverordneten vor Kurzem die gewünschte Ausdehnung der Befugnisse dieses Marktplazes abgelehnt hätten, so würden sie doch eintreten wollen für das, was demselben von Rechtswegen gebühre. Er stelle daher den Antrag:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, dafür Sorge tragen zu wollen, daß die Wochenmärkte während der Messzeit auch ferner von dem Kohl- und Altstadtmarkte auf den Egidienmarkt verlegt würden.

Herr Oberbürgermeister Caspary erwiederte, daß von Seiten des Stadtmagistrats die Herzogl. Polizei-Direction bereits um Aufhebung jener Verfügung ersucht sei, und daß er nicht daran zweifle, daß die Schritte desselben von Erfolg sein würden. —

Herr Südel ergriff hierauf in einer andern Angelegenheit das Wort und entwickelte, mit Bezugnahme auf einen vor Kurzem im Braunschw. Magazine mitgetheilten Artikel über die Milchverfälschung in Paris, die augenblickliche Lage dieser Angelegenheit in der hiesigen Stadt. Während in Paris fast gar keine Verurtheilungen wegen Milchverfälschung vorkämen, hätten in Braunschweig von Mitte September vor. Jahrs bis zum Jahreschlusse nicht weniger als 21 Verurtheilungen wegen dieses Vergehens stattgefunden. Der Grund dieser auffallenden Erscheinung werde wohl darin liegen, daß in Paris strengere Strafen (60 Fr. und 4 Wochen Gefängniß) angedroht seien, vor Allem aber darin, daß die Namen der Verfälscher durch die Gazette des tribunaux veröffentlicht würden. Er sei nun gerade nicht der Meinung, daß eine Erhöhung der auf die Milchverfälschung gesetzten Strafe hier am Platze sein würde, aber er verspreche sich viel Erfolg, wenn auch hier die vollen Namen der Milchverfälscher officiell bekannt gemacht würden, und stelle daher den Antrag:

die Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, bei Herzogl. Polizeidirection dahin zu wirken, daß von dieser Behörde von Zeit zu Zeit die Namen der wegen Milchverfälschung zur Strafe gezogenen Personen öffentlich bekannt gemacht würden.

Nachdem der Herr Vorsitzende diesen Antrag der Statuten-Commission zur Berichterstattung überwiesen hatte, ertheilte er das Wort an Herrn Haessler, welcher mit dem Bemerkten, daß in Folge der jetzigen Einrichtung, nach welcher das Protokoll einer Sitzung der Versammlung immer erst in der nächsten Sitzung verlesen und genehmigt werde, die Verhandlungen der Stadtverordneten häufig erst nach mehreren Wochen zur Kunde des Publikums gelangten, und daß diesem Uebelstande nur abgeholfen werden könne, wenn die Redaction der Protocolle behuf des Drucks derselben einer ständigen Commission übertragen würde, den Antrag stellte:



eine aus drei Mitgliedern bestehende Redactions-Commission zu ernennen, welcher der Protocollführer sobald als thunlich nach jeder Sitzung das Protocoll derselben zur Genehmigung vorzulegen habe.

Die Versammlung nahm diesen Antrag ohne weitere Debatte an und schritt hierauf zum letzten Gegenstande der Tagesordnung, zur Vornahme der Wahlen in die Commissionen und Deputationen und zu einzelnen Amtsführungen, und zwar auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden in der Weise, daß sämtliche Mitglieder jeder Commission gleich auf einen und denselben Wahlzettel geschrieben wurden.

Es wurden nun gewählt:

- I. in die Commission für Statute, Reglements und Rechtsachen:  
die Herren Desterreich, Haeußler, Lissebon, Kronheim, Ramdohr, Bode und Westermann;
- II. in die Commission für städtische Finanz- und Vermögenssachen:  
die Herren Fudel, Reuter, Kahlert, Uhde und Bantler;
- III. in die Commission für Kirchen- und Schulsachen:  
die Herren Grass, Bode und Ramdohr;
- IV. in die Deputation für Bausachen und Prüfung der Gesuche, welche zufolge des §. 52 der revidirten Feuerordnung eingehen:  
die Herren Haeußler, Grass und Lissebon;
- V. in die Commission zur Prüfung von Aufnahme-, Heiraths- und Gewerbebetriebs-Gesuchen:  
die Herren Kronheim, Bartels, Kloss, Flagge und Grass;
- VI. in die Pflegehaus-Verwaltungs-Deputation:  
die Herren Grund und Kellner;
- VII. zum Mitgliede des gemeinen (Kirchen-) Cassen-Collegiums:  
Herr Grass;
- VIII. zum Mitgliede des Gemeinde-Schul-Vorstandes:  
Herr Ramdohr;
- IX. zum Mitgliede der Armendirection:  
Herr Kellner;
- X. in die rücksichtlich der allgemeinen städtischen Wasserleitung gebildete Commission:  
die Herren Desterreich, Reuter, Nischbieter, Bantler und Kronheim;
- XI. in die Deputation für die Veranlagung der Gewerbetreibenden zum Salzconsum:  
die Herren Kloss, Grund, Kahlert, Lissebon, Nothdurft und Duenstedt;
- XII. zum Stellvertreter des Protocollführers:  
Herr Leiste;
- XIII. in die Commission für Redaction der Sitzungs-Protokolle:  
die Herren Desterreich, Haeußler und Bode.

Endlich wurden die Gas-Angelegenheiten der Finanz-Commission überwiesen, und die Schätzungs-Deputationen für die Veranlagung zur Gemeinde- und Armensteuer zusammengesetzt:

- 1) für den Wendenthor-District — aus den Herren Lissebon, Nieß, Dege-  
ner und Bantler;
- 2) für den Steinthor-District — aus den Herren Ramdohr, Rischbieter,  
Mattenkloft und Westermann;
- 3) für den Augustthor-District — aus den Herren Kellner, Grund, Haeus-  
ler und Leiste;
- 4) für den Hohenthor-District — aus den Herren Grass, Kahler, Bartels,  
Arönheim und Haars;
- 5) für den Wilhelmithor-District — aus den Herren Lüdel, Kloss, Flagge,  
Bode und Ding;
- 6) für den Petritthor-District — aus den Herren Reuter, Uhde, Quenstedt  
und Nothdurft.

Auch wurde mitgetheilt, daß Herr Lüdel, wie früher, den Vorsitz der Central-  
Commission übernehmen werde.

Nachdem noch der Herr Vorsitzende die einzelnen Commissionen zur Wahl ihrer  
Vorsitzenden und Anzeige der Namen derselben aufgefordert hatte, schloß derselbe die  
Sitzung.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 12. Februar 1863.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Bartels, Degener und Flagge; abwesend ohne Entschuldigung waren die Herren Kellner und Uhde.

Nachdem das bereits veröffentlichte Protocoll der Sitzung vom 22. Januar d. J. genehmigt war, berichtete

I. Herr Födel für die Finanz-Commission und Schuldeputation über ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 3. d. Mts., die f. g. Pott'sche Töchterschule betreffend, in welchem es heist:

Bereits seit Jahren habe man sich mit der Frage beschäftigt, ob es nicht angemessen sei, eine höhere Töchterschule unter Leitung des städtischen Schuldirectors und auf Rechnung der hiesigen Stadt einzurichten; indessen habe der Stadtmagistrat von dahin zielenden Maßregeln bis jetzt abgestanden, weil vor längerer Zeit den Leitern und Unternehmern der f. g. Pott'schen Schule seitens der Behörden Zusicherungen gegeben seien, welche es hätten unbillig erscheinen lassen, eine Aenderung in den bestehenden Verhältnissen vorzunehmen. Nach dem vor Kurzem erfolgten Tode von Fräulein Heusinger, der Leiterin jener Schule, sei es nun aber unumgänglich nothwendig geworden, darüber Beschluß zu fassen, ob wieder einer Privatperson die Gründung einer höhern Töchterschule zu gestatten, oder eine solche auf Rechnung der Stadt einzurichten sei. Auf Veranlassung des Stadtmagistrats sei daher jetzt der städtische Schuldirektor mit der Ausarbeitung eines Plans für eine zu errichtende Schule jener Art beschäftigt. Inzwischen habe aber die bisherige Stellvertreterin des Fräulein Heusinger die bestimmte Erklärung abgegeben, daß sie die Leitung der Schule nicht länger als bis Ostern d. J. behalten wolle. Da nun selbstverständlich bis da-

hin die Frage wegen Errichtung einer städtischen höhern Töcherschule nicht zu entscheiden, und eine solche zugleich einzurichten sei, das Eingehen der Pott'schen Schule aber für einen großen Theil des hiesigen Publikums sehr unangenehm, und es für die Stadt selbst nachtheilig sein würde, wenn die etwa beschlossene öffentliche Schule von Grund aus-neugebildet werden müßte, so sei auf den Wunsch des Stadtmagistrats der Schuldirector Friederichs mit den jetzigen Lehrern und Lehrerinnen der Pott'schen Schule wegen Fortführung der Anstalt in der bisherigen Weise wenigstens bis Michaelis d. J. in Verhandlung getreten und habe dieselben auch dazu bereitwillig gefunden. Hierbei sei jedoch das Bedenken entstanden, wie es mit einem etwa entstehenden Ausfalle der Einnahmen der Schule gegen die Ausgaben werden solle; und es bleibe nach dem Dafürhalten des Stadtmagistrats nichts übrig, als daß die Stadt die Deckung desselben übernehme.

Mit dem Bemerken, daß dieser Ausfall schlimmsten Falls höchst gering sein würde und falls die Einrichtung einer städtischen Schule beschlossen werden sollte, sich dadurch völlig ersehe, daß die Stadt dann sofort eine bestehende Anstalt überkomme, wird daher die Uebernahme desselben auf die Stadtcasse beantragt.

Nach dem Berichte des Herrn Jüdel haben die Mitglieder der beiden über die Proposition gemeinschaftlich in Berathung getretenen Commissionen die im Schreiben ausgesprochene Absicht des Stadtmagistrats, eine höhere Töcherschule auf Rechnung der Stadt zu begründen, mit Freuden begrüßt. Beide Commissionen empfehlen daher die Annahme der beantragten, für das jetzige Provisorium nothwendigen Maßregel, sprechen aber zugleich den Wunsch aus, daß der Stadtmagistrat im Interesse der dabei betheiligten Eltern recht bald, eine Bekanntmachung über die Fortdauer der frühern Pott'schen Schule erlassen möge.

Herr Oberbürgermeister Caspary bemerkte hiezu, daß der Stadtmagistrat eine solche Veröffentlichung für die nächste Zeit zusagen könne, da inzwischen der im Schreiben erwähnte Bericht des Schuldirectors eingegangen sei, und daß er hoffe, daß die beabsichtigte Neugestaltung bereits zu Michaelis d. J. werde ins Leben treten können; worauf die Versammlung der gemachten Vorlage einstimmig ihre Zustimmung ertheilte.

Hierauf referirte

II. Herr Reuter für die Finanz-Commission über ein Magistrats Schreiben vom 19. Januar d. J., das Feuerlöschwesen betreffend.

Nach demselben kann die Bedienung der von dem Fabrikanten Metz in Heidelberg für den Preis von 1100  $\mu$  kürzlich gelieferten, in jeder Hinsicht den gehegten Erwartungen entsprechenden Feuersprühe nicht der gewöhnlichen Sprützenmannschaft übertragen werden; es sind dazu vielmehr Personen von größerer Intelligenz erforderlich. Die Bedienung derselben ist daher einem aus Mitgliedern des Männer-Turnvereins bestehenden Feuerwehrcorps von 25 Mann übertragen, welches der hiesigen Gesamt-Feuerwehr einrangirt ist und den Herrn Commissions-Referenten zu seinem Vorsteher gewählt hat. Dieses Corps hat nun darauf angetragen, ihm die erforderlichen Ausrüstungs-Gegenstände zum Gesamtwerthe von 300  $\mu$  rheinisch und einen zu der Sprühe noch gehörenden Beiwagen mit verschiedenen Utensilien, deren Werth 805  $\mu$  beträgt, auf Kosten der Stadt verabfolgen zu lassen, und die Herzogl. Polizei-Direction hat diesen Antrag dringend unterstützt. Da auch der Stadtmagi-



frat die Anschaffung jener Gegenstände für unumgänglich nothwendig hält, wenn die Turner-Feuerwehr bei gutem Willen erhalten werden und das leisten soll, was von ihr erwartet wird, so wird in dem Schreiben beantragt:

die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß die angegebenen Gegenstände zum Gesamtwerthe von 1105  $\mathcal{A}$  auf Kosten der Stadt Casse angeschafft, und zu diesem Ende die in den diesjährigen Etat aufgenommene Summe für Anschaffung und Unterhaltung der Löschgeräthschaften, soweit erforderlich, überschritten werde.

Schließlich wird noch bemerkt, daß es Absicht sei, nach und nach und falls die neue Sprühe sich fortwährend gut bewähren würde, noch drei Sprühen von gleicher Construction anzuschaffen und deren Bedienung Freiwilligen zu übertragen, dagegen aber die älteren Sprühen wenn möglich zu verkaufen, auch die Zahl der besoldeten Sprühenleute allmählig zu beschränken. —

Der Bericht des Herrn Reuter, welcher sich in allen Punkten für die Vorlage aussprach, ging auf die Details derselben in ausführlicher Weise ein. Herr Reuter entwickelte, daß, wenn das Feuerlöschwesen vollständig reorganisirt werden solle, die Anschaffung von vier Sprühen von der Leistungsfähigkeit der Melschen nothwendig werde. Es werde dies allerdings einen Gesamtaufwand von circa 3730  $\mathcal{A}$  erfordern, aber der Kostenpunkt gewinne ein ganz anderes Ansehen, wenn man die durch die Reorganisation zu erreichenden Vortheile berücksichtige. Jetzt würden für jährlich 1230  $\mathcal{A}$  — 267 Sprühenleute besoldet, deren Lohn ausgezahlt werden müsse, gleichviel ob von ihnen Gebrauch gemacht werde oder nicht. Wenn gleich nun eine Anzahl dieser Leute, insbesondere zum Wachtdienste nach dem Löschen des Feuers, beibehalten werden müsse, so sei doch ihre Reduction auf 100 Mann, also eine jährliche Ersparniß von 700  $\mathcal{A}$ , sehr wohl thunlich. Ebenso werde eine nicht unbeträchtliche Ersparniß durch Verminderung der Reparatur- und Erhaltungs-Kosten des Materials zu erzielen sein, schon weil die freiwillige Feuerwehr, welche aus Liebe zur Sache den Dienst versehe, das ihr überwiesene Material mit mehr Aufmerksamkeit behandeln werde. Vor Allem sei aber die ungleich größere Leistungsfähigkeit der nach dem neuen Plane organisirten Feuerlösch-Anstalten zu berücksichtigen. Vier Sprühen der Melschen Construction seien im Stande, in jeder Minute etwa 5 Dr.-hoft Wasser, und dies mit ungleich größerer Druckkraft, als die älteren Sprühen, gegen das Feuer zu schleudern; in Folge eines einheitlichen Commandos sei es möglich, durch ein Signal die ganze Kraft auf die besonders bedrohten Stellen zu concentriren, und die Rohrführer oder Steiger, welche ein begründetes Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit ihres Materials und ihrer Mannschaft haben und in Folge besonderer Vorrichtungen wegen ihrer persönlichen Sicherheit unbeforgt sein dürften, seien im Stande, dem Feuer in ganz anderer Weise nahe zu rücken, als früher. Dazu komme die Leichtigkeit des Transports, indem jede Sprühe sowie der Beiwagen, welcher übrigens das Reservematerial gleich für vier Sprühen enthalte, mit Bequemlichkeit von zwei Mann gezogen werden könnten. Herr Reuter ging sodann die einzelnen, vom Stadtmagistrate beantragten Anschaffungen durch, wies deren Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit nach und bemerkte noch, daß die von der Versammlung gewählte Feuerlösch-Commission ihr vorbehaltenes Referat über die Wirksamkeit der neuen Sprühe alsbald nach der nahe bevorstehenden Sprühen-Probe abfassen werde.

Die noch weiter als die Magistrats-Anträge gehenden Vorschläge der Finanz-Commission formulirte schließlich Herr Reuter dahin:

die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären:

daß die in dem Magistratschreiben angeführten Gegenstände sofort angeschafft würden;

daß, da einzelne dieser Gegenstände erst dann von rechtem Werthe seien, wenn noch eine zweite Spritze, welche gleichzeitig Wasser und Luft zu pumpen vermöge, vorhanden sei, auch diese baldigst bestellt werde;

daß die in den diesjährigen Etat aufgenommene Summe für Anschaffung und Unterhaltung der Löschgeräthschaften eventuell bis zum Betrage von 3000  $\text{fl}$  überschritten werde;

sowie den Stadtmagistrat zu ersuchen, mit der weiteren Reorganisation des Feuerlöschwesens unter Zuziehung der zur Prüfung desselben aus dieser Versammlung bestellten Commission energisch weiter vorzugehen.

Herr Bantler gab zunächst die Erklärung ab, daß die ganze Bürgerschaft die beantragten Maßregeln mit Freude begrüße, und wiederholte seine frühere Bitte an den Stadtmagistrat, doch dahin zu wirken, daß die aus den Ueberschüssen der Aachen-Münchener Gesellschaft der Regierung alljährlich zu Gebote gestellten Gelder, insoweit sie für die Stadt zur Verwendung kommen dürften, ihrem natürlichen Zwecke gemäß für die Verbesserung des Feuerlöschwesens verwendet werden möchten.

Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkte hiezu, daß der Stadtmagistrat bereits an sämtliche Agenten der hier zugelassenen Feuerversicherungs-Gesellschaften Mittheilung über den Plan der Reorganisation des Feuerlöschwesens gemacht und dieselben aufgefordert habe, sich darüber zu erklären, ob sie im Stande seien, zu diesem Zwecke einen Beitrag zu leisten, daß aber bisher von keiner Seite eine Antwort eingelaufen sei. Was die Aachen-Münchener Gesellschaft betreffe, so habe sich der Magistrat an die Direction derselben mit dem Ersuchen gewandt, direct bei der Herzöglichen Landes-Regierung zu beantragen, daß ein Theil jener Ueberschüsse zu dem von Herrn Bantler gewünschten Zwecke verwendet werde.

Herr Aronheim erklärte, daß mit der Durchführung der neuen Organisation das Fortbestehen des Rettungs- und Löschvereins, deren Wirksamkeit den Erwartungen, welche man bei der Stiftung dieser Vereine gehegt habe, nicht unter allen Umständen entspreche, unvereinbar sei, und Herr Reuter bemerkte hiezu, daß, wie an anderen Orten, so auch hier, nach Einrichtung einer freiwilligen Feuerwehr derartige Vereine, welche namentlich hier, wie die Erfahrung lehre nicht immer genügt hätten, nach und nach entbehrlich werden und eingehen würden.

Auch Herr Oberbürgermeister Caspari gab zu, daß die Thätigkeit einzelner Mitglieder jener Vereine, welche ihre Abzeichen häufig nur als Freibilletts zum Betreten der Brandstätte zu benutzen schienen, nicht zu loben sei, und erwähnte, daß der Stadtmagistrat bei Gelegenheit dieser Verhandlungen die Herzogl. Polizei-Direction auf die Nothwendigkeit der Umgestaltung resp. Aufhebung dieser Vereine aufmerksam gemacht habe, bemerkte jedoch zugleich, daß im Augenblick, wo man nichts Besseres an ihre Stelle zu setzen habe von einer Umgestaltung derselben noch abzustehen sein möchte.

Hierauf nahm die Versammlung sämtliche Commissions-Anträge an.

Herr Südel berichtete sodann

III. über ein Magistratschreiben vom 28. December v. J., in welchem bemerkt wird, daß der Stadtmagistrat zwar einen namens des Schulvorstandes von dem städtischen Schuldirektor gestellten Antrag auf Erhöhung der Gehalte der Lehrer ablehnen zu müssen geglaubt, sich aber damit einverstanden erklärt habe, in besonders dringenden Fällen, an einzelne Lehrer Extraordinarien zu verwilligen, und in welchem die Zustimmung zu einer solchen Verwilligung von je 25  $\text{fl}$  an die Lehrer Zenker und Tellmann beantragt wird.

Die Commission hat sich damit einverstanden erklärt, und die Versammlung genehmigte den Antrag ohne weitere Debatte. Gleichfalls erklärte sie sich

IV. ebenfalls auf den Bericht des Herrn Jüdel, damit einverstanden, daß dem Marktmeister Schlanstedt, welcher durch Krankheit Einbuße an seinen außerordentlichen Einnahmen erlitten habe, ein in einem Magistratschreiben vom 27. Januar d. J. beantragtes Extraordinarium von 20  $\text{fl}$  aus der Stadt-Casse gezahlt werde.

Ferner berichtete Herr Jüdel

V. namens derselben Commission über ein Magistratschreiben vom 24. Januar dieses Jahrs, die Verpachtung der städtischen Fischhälter betreffend.

Nach demselben hat der am 15. ejusd. behuf derselben abgehaltene öffentliche Licitations-Termin ergeben, daß für die Fischerei auf sämtlichen Gewässern zusammen genommen, von dem bisherigen Fischmeister Haase das Höchstgebot von 25  $\text{fl}$ , auf den einzelnen Strecken dagegen, von verschiedenen Personen das Höchstgebot von zusammen 44  $\text{fl}$  abgegeben werden.

Nachdem nun aber später der Fischmeister Haase sich bereit erklärt hat, für die Fischerei auf sämtlichen Gewässern zusammen genommen ebenfalls einen Pachtzins von 44  $\text{fl}$  zu zahlen, und durch die Verpachtung an einen einzelnen sich die Sache sehr vereinfacht, so hält der Magistrat für angemessen und beantragt die Zustimmung dazu:

daß die Fischerei auf den sämtlichen städtischen Gewässern zusammen genommen gegen einen jährlichen Pachtzins von 44  $\text{fl}$  und auf 6 Jahre von Ostern d. J. ab an den Fischmeister Rudolph Haase hieselbst verpachtet werde.

Auf den Antrag des Herrn Referenten erklärte sich die Versammlung auch mit dieser Proposition einverstanden.

Hiernächst stattete

VI. Herr Bode namens der Statuten-Commission einen Bericht ab, welcher zum Gegenstande hatte den in der vorigen Sitzung von Herrn Jüdel gestellten Antrag:

die Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, bei Herzogl. Polizei-Direction dahin zu wirken, daß von dieser Behörde von Zeit zu Zeit die Namen der wegen Milchverfälschung zur Strafe gezogenen Personen öffentlich bekannt gemacht würden.

Nach dem Berichte des Herrn Bode hat sich die Commission zwar nicht verhehlen können, daß die von Herrn Jüdel beantragte Maßregel einen heilsamen Einfluß ausüben würde; sie hält dieselbe indessen, wenigstens in der proponirten Weise,

für ungesetzlich, indem zwar das Criminal-Gesetzbuch dem Ermessen der Gerichte überlasse, ob sie die Bekanntmachung einer von ihnen erkannten Strafe für zweckdienlich erachteten, das Statut über die Milchverfälschung aber den Bestimmungen des Polizei-Strafgesetzbuches unterworfen sei, und dieses im §. 24 die öffentliche Bekanntmachung der Strafe nur in den in ihm ausdrücklich bestimmten Fällen zulasse, letztere mithin im vorliegenden Falle ausgeschlossen sei. Eine Abänderung dieser Bestimmung sei nun nicht durch ein Statut, sondern nur durch ein Gesetz möglich, und die Commission sehe die Sache für jetzt nicht für wichtig genug an, um der Versammlung die Hinwirkung auf Erlassung einer solchen gesetzlichen Bestimmung zu empfehlen, insbesondere auch, weil man die Erwartung hege, daß sowohl in Folge der Aufmerksamkeit, mit welcher das Publicum diese Angelegenheit verfolge, als durch unnachlässigliche Anwendung der bestehenden Strafbestimmungen die Milchproducenten im eigenen Interesse nach und nach zur Lieferung guter Waare veranlaßt werden würden. Uebrigens empfehle sich für alle Fälle noch das Mittel einer Bekanntmachung der Straffälle auf privatem Wege, welche, da die Straferkenntnisse in öffentlicher Sitzung, zu der Jedermann Zutritt habe, abgegeben würden, nicht ausgeschlossen sei.

Die Commission empfehle daher die Verwerfung des F ü d e l'schen Antrages und gebe der Versammlung anheim — ohne indessen auf diesen ihren Antrag viel Gewicht zu legen —

den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei eclatanten und Wiederholungsfällen die Publication der Namen der Milchverfälscher auf privatem Wege zu veranlassen.

Dieser Gegenstand veranlaßte eine längere Besprechung.

Herr F ü d e l modificirte zunächst, um den geltend gemachten Bedenken auszuweichen, seinen Antrag dahin,

daß die Herzogliche Polizei-Direction nur zu ersuchen sei, die Namen der Personen, bei denen verfälschte Milch vorgefunden, bekannt zu machen;

und er sowohl wie die Herren Aronheim und Graß vertheidigten die Gesetzmäßigkeit dieser Maßregel besonders aus dem Grunde, weil das Polizeistrafgesetzbuch nur die Gerichte selbst, welche die Strafen ausgesprochen, bei der öffentlichen Bekanntmachung, als bei einem Nebenstrafübel, an gewisse Gränzen binde, die Bekanntmachung von öffentlich verhandelten Thatsachen, welche der Presse wie jedem Privaten zustähe, aber auch den nicht gerichtlichen Behörden und insbesondere derjenigen Behörde gestattet sein müsse, welche vorzugsweise das Interesse des Publicums in diesen Dingen zu überwachen habe, und wiesen hin auf das früher von der Herzogl. Polizei-Direction beobachtete Verfahren bei Bekanntmachung der Namen der Bäcker, bei denen das kleinste und das größte Brot bei der Controlle vorgefunden.

Von allen Seiten aber erhob sich gegen diese Auffassung Widerspruch. Namentlich die Herren Häusler, Leiste, der Herr Vorsitzende und wiederholt Herr Bode vertraten die juristische Anschauung der Statuten-Commission, indem sie deducirten, daß wo es den Gerichten nicht zustähe, ihre Erkenntnisse durch öffentliche Bekanntmachung zu schärfen, die Polizeibehörde weniger noch ein solches Recht habe, und es für diese Versammlung nicht passe an dieselbe ein Ersuchen zu richten, dessen Erfüllung über die amtlichen Befugnisse hinausführen würde.

Auch Herr Overbürgermeister Caspari sprach sich gegen beide Anträge aus,



gegen den Commissions-Antrag insbesondere deshalb, weil der Stadtmagistrat gar nicht in der Lage sei, sich das erforderliche Material zu solchen Bekanntmachungen zu verschaffen, und es ihm nicht ganz angemessen erscheine, wenn derselbe auf Umwegen das erreichen solle, was nach der augenblicklichen Lage der Gesetzgebung auf directem Wege nicht wohl thunlich erscheine.

Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung wurde der modificirte Födel'sche Antrag mit großer Majorität abgelehnt, und die Commission zog den ihrigen mit Rücksicht auf die von Herrn Overbürgermeister Caspari geäußerten Bedenken zurück.

Schließlich wurde

VII. das Wort an Herrn Aronheim ertheilt, welcher die gegenwärtige Lage der Bordell-Angelegenheit zur Sprache brachte. Herr Aronheim bemerkte: er wolle sich für jetzt eines Urtheils darüber enthalten, ob die Bordelle in sanitätspolizeilicher Hinsicht in der That eine Nothwendigkeit seien, und ob nicht vielleicht der vorwiegende Gesichtspunkt im Interesse der öffentlichen Moral der sein müsse, daß dergleichen Institute in keiner Weise in contractlichen Beziehungen zu Behörden stehen, und daß keinerlei Legalisation eines derartigen Erwerbes geduldet werden dürfe. Aber die Erfahrungen der letzten Zeit wiesen mit Entschiedenheit mindestens darauf hin, daß eine strengere Controlle jener Institute nothwendig sei, und er wolle drei Punkte bezeichnen, deren Erledigung, wie die Sache einmal liege, den schädlichsten Folgen der Bordelle einigermassen die Spitze abzubringen im Stande sein möchte. Zunächst mache er auf das vollständige Auskaufs-Verfahren aufmerksam, das unter allen nord-deutschen Instituten dieser Art eingeführt sei, und welches es den in ihnen befindlichen Frauenzimmern fast immer unmöglich mache, ihr schändliches Gewerbe einmal aufzugeben. Dieser Zustand der Sklaverei lasse sich durch ein Gesetz aufheben, welches das Creditgeben der Wirthe an die von ihnen gehaltenen Frauenzimmer und die Uebertragung ihrer Rechte auf dritte Bordell-Inhaber verbiete und derartige Geschäfte für nichtig erkläre. Dann sei es dringend erforderlich, daß die Bordellwirthe, welche unselbstständige Menschen zum Besuche in ihren Häusern zuließen, unnachsichtlich mit Concessions-Entziehung bestraft würden.

Der dritte Punkt sei das Verabreichen von Getränken in solchen Häusern. Dieses müsse absolut verboten werden, und halte er die angeblich jetzt getroffene Bestimmung, daß Getränke nicht mehr in den Salons, sondern nur in den Privatziimmern der Mädchen gereicht werden sollten, für völlig unzureichend, da dies nichts Anderes bedeute, als die Verlegung der frühern Salon-Wirthschaft in die Privatstuben der Frauenzimmer. Er bitte, seine Anträge einer der bestehenden Commissionen zur Begutachtung zu übertragen.

Der Herr Vorsitzende überwies hierauf dieselben der Statuten-Commission zum Berichte und schloß die Sitzung.

**Nr. 3.**

(Fortsetzung der Beilage zu Nr. 51 de 1863 der  
Braunschweigischen Anzeigen.)

**1863.**

## Verhandlungen

### Stadtverordneten = Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 12. März 1863.

In der Versammlung fehlte nur Herr Degener, welcher durch Krankheit entschuldigt war.

Nachdem der Vorsitzende, Herr Landsyndicus De Sterreich, die Sitzung eröffnet hatte, wurde das bereits durch den Druck publicirte Protokoll der Sitzung vom 12. Februar d. J. genehmigt. Jedoch reclamirten die Herren Uhde und Kellner gegen die Angabe im Eingange desselben, nach welcher sie ohne Entschuldigung abwesend gewesen wären, mit dem Bemerken, daß sie durch den das Circular besorgenden Magistratsdiener ihre Behinderung hätten anzeigen lassen.

Der Herr Vorsitzende ertheilte hierauf das Wort an Herrn Bantler, welcher vortrug:

Der nach der Häuserseite des kleinen Exercierplatzes vom Wendenthore aus führende Communicationsweg sei befanntlich nahe vor dem Platze durch das Vorspringen eines Gartengrundstücks erheblich beengt. Er habe in Erfahrung gebracht, daß, als dasselbe von der Eigenthümerin, der St. Catharinenkirche, kürzlich an einen hiesigen Gärtner verkauft worden, dem Käufer die Verpflichtung auferlegt sei, erforderlichen Falls von dem Grundstücke das zur Verbreiterung des Weges nöthige Areal zu demselben Preise abzutreten, zu welchem er selbst es erhalten habe. Da die Erweiterung dieses Weges sehr wünschenswerth sei, und die Zeit, während welcher der Käufer an diese Bedingung contractmäßig gebunden, in nächster Frist ablaufe, so richtete er die Anfrage an den verehrlichen Stadtmagistrat, ob derselbe in dieser Sache Schritte zu thun beabsichtige.

Herr Oberbürgermeister Caspary erwiederte: Die Sache verhalte sich in der That so, wie sie Herr Bantler vorgetragen habe, doch habe der Stadtmagistrat

aus folgenden Gründen sich entschieden, dieselbe auf sich beruhen zu lassen. Bekanntlich stehe der kleine Exercierplatz factisch unter der Verwaltung des Herzogl. Kriegscollegiums, welches daher unzweifelhaft das größte Interesse an der Erweiterung des fraglichen Zuganges haben müsse. In einem an Herzogliches Staatsministerium gerichteten Berichte habe sich nun der Stadtmagistrat zu dem Ankaufe des erforderlichen Areals zu dem erwähnten Zwecke bereit erklärt, unter der Voraussetzung, daß die Staatscasse die Kosten mit der Stadt gemeinschaftlich tragen werde. Hierauf sei indessen eine abschlägige Antwort eingelaufen, und die Wichtigkeit des Weges, der für gewöhnlich in der jetzigen Breite ausreiche und nicht einmal der Hauptzugang zum Exercierplatze sei, erscheine nicht so bedeutend, daß die Stadt die Maßregel, welche einen Aufwand von circa 1500  $\text{fl}$  erfordern würde, ausschließlich auf ihre eigene Rechnung ausführen könnte.

Hierauf berichtete

II. der Herr Vorsitzende aus den hinsichtlich der schließlichen Redaction der städtischen Bau-Ordnung gepflogenen Verhandlungen, daß über die Aufnahme der von Seiten der Versammlung in Bezug auf gewisse streitige Rechtsverhältnisse, insbesondere die Rechte der Stadt an den Promenaden, den Umsluthgräben und Ockerkanälen, abgegebenen Verwahrung in den Text des Statutes eine Einigung nicht habe erzielt werden können, daß die Statuten-Commission bei der jetzt modificirten Fassung der bezüglichlichen Bestimmungen des Statuts, die Rechte der Stadt durch die in den Verhandlungen mit dem Herzoglichen Staats-Ministerium ausgesprochene Verwahrung für genügend gesichert erachte, und daß, nachdem hinsichtlich der übrigen Punkte die Fassung des Statutes definitiv festgestellt sei, die Publication desselben in nächster Frist erfolgen werde,

und ertheilte demnachst

III. das Wort an Herrn Häusler, welcher namens der Statuten-Commission über ein Magistrats-Schreiben vom 2. März d. J., die gegen die Verheerungen der Maikäfer und Maikäferlarven zu ergreifenden Maßregeln betreffend, Bericht erstattete. Nach Inhalt des Schreibens hat das Herzogliche Staatsministerium mittelst Rescripts vom 8. Februar d. J. an die sämtlichen Magistrate und Amtsräthe des Landes die Verfügung ergehen lassen, so schnell als möglich geeignete Maßregeln zu treffen, um noch in dem bevorstehenden Frühjahr durch das Einsammeln der Maikäferlarven (Engerlinge) und Maikäfer den erheblichen Beschädigungen, welche dieses Insect den Culturpflanzen und Bäumen zuzufügen pflegt, in Zukunft vorzubeugen. Das Schreiben führt aus, daß die beabsichtigte Maßregel nur dann von Wirksamkeit sein könne, wenn für ein bestimmtes Maß oder Gewicht eingesammelter Maikäfer und Engerlinge ein bestimmter lohnender Preis ausgelobt und bezahlt werden würde; daß aber die Aufbringung der hierzu erforderlichen Gelder, welche wohl vorzugsweise durch eine auf den fruchttragenden Grundbesitz zu legenden Abgabe herbeizuschaffen sein möchten, nach den Bestimmungen der Städte-Ordnung durch ein Statut geordnet werden müßte, und daß, da zu der Erlassung eines solchen die Zeit nicht ausreiche, es sich empfehle, die durch das Einsammeln des fraglichen Insectes in diesem Frühjahr entstehenden Kosten, welche sich nicht über einige hundert Thaler belaufen würden, auf die Stadtcasse zu übernehmen. Indem noch hinzugefügt wird, daß der Stadtmagistrat zur Ausführung der beregten Maßregeln nur dann schreiten werde, wenn dieselben gleichzeitig in allen, wenigstens in denjenigen Landes-

theilen, welche an die städtische Feldmark grenzten, zur Ausführung gebracht werden würde, und daß man, so weit überhaupt möglich, mit Strenge darauf halten werde, daß die auszulobenden Preise nur an solche Sammler gezahlt würden, welche im hiesigen Stadtgebiete wohnten und ihre desfallsige Thätigkeit nicht über die städtische Feldmark hinaus erstreckt hätten, — wird die Verwilligung eines entsprechenden Credit's anheimgelassen.

Die Commission hat sich in allen Punkten mit der Vorlage einverstanden erklärt, und die Versammlung bewilligte auf deren Vorschlag den beantragten Credit bis zu einer Summe von 500 ₰.

Sodann berieth die Versammlung

IV. in vertraulicher Sitzung die in der vorigen Sitzung von Herrn Aro n h e i m in Bezug auf die hiesigen Bordelle gestellten Anträge. Nach längerer Debatte wurde der von dem genannten Antragsteller in der Commissions-Sitzung ferner gestellte und in der heutigen Sitzung ausführlich motivirte Antrag, welcher auf vollständige Aufhebung der bestehenden Bordelle gerichtet war, gegen eine Minorität von 8 Stimmen von der Versammlung abgelehnt. Dagegen wurde der Commissions-Antrag, dahin gehend:

daß der Stadtmagistrat ersucht werde, bei der Herzoglichen Polizei-Direction dahin zu wirken, daß jeder unnöthige Luxus aus den Bordellen entfernt, und daß insbesondere das Halten eines Salons, also eines Zimmers, in welchem mehrere Männer sich, sei es mit, sei es ohne die Mädchen, aufhalten, verboten werde,

mit großer Majorität genehmigt. Endlich wurde ein Zusatz-Antrag des Herrn F ü d e l, welcher das Schenken von Getränken aller Art, selbst von Kaffee, in solchen Häusern untersagt und mit Concessions-Entziehung bedroht wissen wollte, insbesondere deshalb von der Majorität abgelehnt, weil auch der Commissions-Vorschlag die vom F ü d e l'schen Antrage beabsichtigten Erfolge fast vollständig erzielen werde, überdas aber eine Controle, wie solche zur Durchführung des beantragten Verbots nothwendig sein würde, als kaum ausführbar, der Polizeibehörde nicht aufgegeben werden könne.

Sodann genehmigte die Versammlung

V. auf den für die Finanz-Commission von Herrn F ü d e l abgestatteten Bericht die in einem Magistrats-Schreiben vom 16. Februar d. J. beantragte Verwilligung der beiden s. g. Gnadenmonate für die Erben des am 13. ejusd. verstorbenen Billetirers Recke, und beschäftigte sich schließlich

VI. wieder in vertraulicher Sitzung, mit der Beschlußnahme über eine große Anzahl von Gesuchen um Ertheilung des Wohnortsrechtes.



(Beilage zum 85. Stücke der Braunschw. Anzeigen.)

**N. 4.**

(Fortsetzung der Beilage zu N. 68 de 1863 der  
Braunschweigischen Anzeigen.)

**1863.**

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 26. März 1863.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen: die Herren DeGENER, Ramdohr und U h d e.

Nachdem der Vorsitzende, Herr Landsyndicus D e s t e r r e i c h, die Sitzung eröffnet hatte, wurde derjenige Theil des Protocolls der Sitzung vom 12. d. Mts., welcher die Verhandlungen in der vertraulichen Sitzung enthält, verlesen und das ganze Protokoll genehmigt:

I. Zufolge eines Magistrats-Schreibens vom 23. d. Mts., über welches der Herr Vorsitzende berichtete, hat der Halbspänner Heinrich Friedrich Conrad Ehlers, zu Wahle, Namens seiner Ehefrau, Sophie geb. Ahrens, auf die Ablösung des Meyerzinses, welcher wegen des daselbst sub Nro. ass. 34 belegenen Hofes jährlich auf Michaelis mit  $11\frac{3}{4}$  Himten Rothen an die Stadt-Casse zu entrichten ist, angetragen. Mit dem Bemerkten, daß das Ablösungs-Capital sich auf 185  $\mathcal{M}$  11  $\mathcal{g}$  8  $\mathcal{L}$  berechne und daß der Antrag des Pflichtigen nicht abzulehnen sei, wird die zur Vollständigung der Legitimation erforderliche Zustimmung der Versammlung zu dem Ablösungs-Antrage beantragt, — die von derselben auch erteilt wurde.

Hierauf erhielt

II. Herr B o d e das Wort, um Namens der Schulcommission einige Mittheilungen zu machen, und trug vor:

In Bezug auf die Errichtung einer höheren Töcherschule auf Kosten und unter Aufsicht und Leitung der Stadt, sei nunmehr ein ausführliches Magistratsschreiben, welchem der gründliche Bericht des Schuldirectors angeschlossen sei, eingegangen. Bei der Wichtigkeit der Angelegenheit und um den der Commission nicht angehörenden Mitgliedern der Versammlung den Ueberblick zu erleichtern, sei er beauftragt, bereits in der heutigen Sitzung die bei der beabsichtigten Einrichtung vom Magistrat vorgeschlagenen Principien in der Kürze darzulegen. Derselbe stelle nun zunächst den Grundgedanken auf: daß eine höhere Töcherschule ein Bedürfniß für die Stadt sei, und daß, diesem abzuhelpen, nicht ausschließlich der Zufälligkeiten unterworfenen, Privat-Industrie überlassen werden dürfe, wiewohl diese keineswegs ausgeschlossen werden solle. Im Einzelnen beabsichtige der Stadt-Magistrat folgende Einrichtungen: der Besuch der Schule solle durch den Betrag des Schulgeldes in der Weise regulirt werden, daß der Andrang zu derselben einestheils nicht zu stark, andertheils aber auch denen, die Anspruch darauf hätten, die Benutzung der Schule nicht zu schwierig werde. Um diesen Zweck zu erreichen, werde vorgeschlagen werden, das Schulgeld für die unterste Klasse auf 16  $\text{fl}$  jährlich und für die oberste auf 24  $\text{fl}$  festzusetzen. Als Unterrichtsgegenstände, welche denen, die in der höheren Bürgerschule für Söhne, also in der Realschule, gelehrt würden, analog sein müßten, bezeichne der Bericht des Schuldirectors folgende: 1) Religion; 2) Sprachen: a. die deutsche, b. die französische, c. die englische; 3) Realien: a. Rechnen, b. Geschichte, c. Geographie, d. Naturgeschichte, e. Physik; 4) Fertigkeiten: a. Lesen, b. Schreiben, c. Zeichnen, d. Singen, e. weibliche Handarbeiten, f. Turnen. Ferner werde für nöthig erachtet, daß die Schule auch Elementarklassen enthalte, damit das Vorschreiten der Schülerinnen zeitig genug geschehe. Es werde hiernach beabsichtigt, 7 Klassen einzurichten und solle regelmäßig der Besuch der 5 untern Klassen je 1 Jahr, der der beiden oberen je 2 Jahre dauern, so daß die Schülerinnen, wenn sie mit dem vollendeten sechsten Lebensjahre eintreten, die Schule mit dem vollendeten 15. Jahre absolvirt haben würden. Die Schule solle unter die Aufsicht des städtischen Schuldirectors und speciell unter einen dirigirenden Lehrer gestellt werden, welcher Lekturer zugleich Hauptlehrer der obersten Klasse sein und den Religionsunterricht zu ertheilen haben würde. Außerdem werde als zweckmäßig bezeichnet, auch für die drei folgenden Klassen Hauptlehrer anzustellen, während man der Ansicht sei, daß für die drei untern Klassen Lehrerinnen genügen würden. Als nothwendig werde aber zugleich die Anwesenheit einer Dame bei dem Unterrichte von Lehrern in den oberen Klassen hervorgehoben. Was den Kostenpunkt betreffe, so stelle freilich das Gutachten des Schuldirectors in Aussicht, daß die für die Schule nothwendigen jährlichen Ausgaben durch die Schulgebühren, welche derselbe bei einem Besuche von 210 Schülerinnen auf 4380  $\text{fl}$  jährlich berechnet, gedeckt werden würden. Allein sowohl der Stadtmagistrat wie die Commission seien der Ueberzeugung, daß die in dem Gutachten aufgestellten Ausgabe-Positionen theilweise zu niedrig gegriffen seien, so daß voraussichtlich und namentlich in der ersten Zeit ein Zuschuß erforderlich werden würde, der sich auf 800 bis 1000  $\text{fl}$  belaufen dürfte. Was endlich das Local betreffe, so sei das bisherige Local der Pott'schen Schule — welches noch für einige Zeit werde benutzt werden können — zu beengt, und es müsse von Seiten der Stadt demnächst für ein angemesseneres gesorgt werden. Das Magistratsschreiben bemerke in dieser Beziehung nur: daß sich

dafür die Mittel schon finden würden. Weber der zweifelhafte Kostenpunkt noch die Ungewissheit darüber, ob ohne große Kosten ein passendes Schullocal werde erworben werden können, würden indess die Commission abhalten, bei der demnächstigen Berathung die Magistrats-Propositionen zu befürworten.

Der Herr Vorsitzende erklärte, daß er diesen Gegenstand auf die nächste Tagesordnung setzen werde, worauf die Versammlung

III. in Berathung eintrat über ein Magistratschreiben vom 21. d. Mts., die Einrichtung der allgemeinen Wasserleitung betreffend, welches zunächst nebst seinen Anlagen von dem Herrn Vorsitzenden verlesen wurde.

Nach Inhalt dieses Schreibens soll im Laufe dieses Sommers mit dem Legen der Röhren und dem Baue des Maschinenhauses begonnen werden, sodas jedenfalls im nächsten Jahre die neue Wasserkunst in Betrieb gesetzt werden wird. Der Stadtmagistrat hat nun mit der betreffenden Commission die vorher zu erledigenden Fragen berathen und legt die aus dieser Berathung hervorgegangenen Resultate zur Genehmigung vor. Unter diesen ist besonders hervorzuheben:

1. Es wird beantragt, die Summe, welche für das zu der Straßenreinigung, für die öffentlichen Brunnen und zu der Feuerlöschung aus der Stadtwasserkunst entnommene Wasser von der Stadt zu zahlen ist, auf 5000  $\text{₰}$  jährlich festzusetzen, wobei bemerkt wird, daß für dieselbe, wenn der in dem Tarife für größere Gewerbetreibenden angenommene Preis von 2  $\text{g}$  für 100 Cubikfuß Wasser zum Grunde gelegt wird, die Stadt jährlich 15 Millionen Cubikfuß, oder täglich fast 48000 Cubikfuß Wasser zu empfangen haben würde, sowie daß der Stadtmagistrat hiernächst mit der Herzogl. Landesregierung wegen des nach Art. 6 u. 7 des Vertrages vom 1/10. August 1858 zu leistenden Beitrages unterhandeln werde.

2. Es wird ferner ein aus 9 Paragraphen bestehender specialisirter »provisori-scher Tarif für die Consumenten der Wasserkunst« zur Genehmigung vorgelegt, der außer den eigentlichen Tariffähen eine Anzahl Ausführungsbestimmungen enthält.

Das Schreiben bemerkt zu dem Tarif für die Wasserabgabe insbesondere: Bei der Festsetzung des Tarifs sei von dem Grundsätze ausgegangen, daß der Preis für das abzugebende Wasser nicht zu hoch sein dürfe, wenn auf eine zahlreiche Bethheiligung gerechnet werden solle; es sei nun angenommen, daß die Kosten der Wasserleitung, welche in der Verzinsung und Amortisation des von der Stadt aufgewandten Capitals von 150,000  $\text{₰}$  mit  $5\frac{1}{2}\%$ ; was täglich 22  $\text{₰}$  18  $\text{g}$  betrage, in Löhnen und Reparaturen mit täglich 11  $\text{₰}$  15  $\text{g}$  und in einer Ausgabe von 2  $\text{₰}$  15  $\text{g}$  täglich für Kohlen, beständen, einen täglichen Betrag von 36  $\text{₰}$  18  $\text{g}$ , also jährlich 13,359  $\text{₰}$  erreichen würden, wovon nach Absatz des festen Zuschusses der Stadt zu 5000  $\text{₰}$  jährlich, 8359  $\text{₰}$  durch den Privatconsum zu decken wären. Werde nun angenommen, daß täglich im Privat-Consum 30,000 Cubikfuß Wasser verbraucht würden, etwa  $2\frac{1}{4}$  Eimer auf den Kopf der Bevölkerung, so würden 100 Cubikfuß etwa 2  $\text{g}$  3  $\text{z}$ , 1000 Cubikfuß also 23  $\text{g}$  kosten, und, wenn das Wasser zu 25  $\text{g}$  verabsolgt werde, eine jährliche Einnahme von 9125  $\text{₰}$ ; also ein geringer Ueberschuß,

zu erwarten sein. Was nun den Tarif insbesondere angeht, so setzt derselbe, weil es unmöglich sei, überall Wassermesser anzuschaffen, Aversionssummen fest, welche für den gewöhnlichen Verbrauch (häuslichen Bedarf) nach dem Mietwerthe der Wohnungen in der Weise bestimmt werden, daß bis 50  $\text{fl}$  Miete 1  $\text{fl}$  15  $\text{gr}$ , als geringster Satz, und, allmählig ansteigend, bei einer Miete von über 300  $\text{fl}$  — 10  $\text{fl}$ , als höchster Satz, bezahlt werden sollen, während für alle anderen Einrichtungen entweder bestimmte andere Tarifsätze ausgeworfen oder besondere contractliche Verabredungen vorbehalten werden. Der größere Consum der Gewerbetreibenden soll durch Wassermesser controlirt werden.

3. Zu den nach dem Tarife vorzunehmenden Abschätzungen soll eine Commission eingesetzt werden, welche nach dem Vorschlage des Stadtmagistrats aus dem Ingenieur der Wasserkunst, einem Mitgliede des Stadtmagistrats und drei Stadtverordneten bestehen würde.

4. Der  $\text{§. 4}$  des Tarifs bestimmt, daß denjenigen Privaten, welche die Herstellung der Privatleitungsröhren beantragen, ehe die Haupttröhren in ihrer Straße gelegt werden, die erste Lieferung und die Legung der Röhren auf der Straße unentgeltlich beschafft werden solle. Obwohl dies eine augenblickliche nicht unbeträchtliche Ausgabe für die Stadt-Casse zu Gunsten der Privaten, welche von dieser Erleichterung Gebrauch machen werden, erfordern würde, so empfiehlt das Schreiben diese Bestimmung doch insbesondere deshalb, weil durch sie ein öfteres Aufreißen des Straßenpflasters vermieden werden würde.

5. Dem Schreiben ist ferner beigelegt ein aus 9 Paragraphen bestehender Entwurf für den Beitritt der Piepenbrüderschaften zu der Wasserkunst. Die wesentlichste Bestimmung derselben ist die, daß jedes Mitglied dieser Brüderschaften, welches der Wasserkunst sofort als Abnehmer beitreten würde, alles Wasser zu gewöhnlichen häuslichen Zwecken, zur Benutzung für Badezimmer ic., für Pferde, Rindvieh und Wagenreinigung, für eine Aversionssumme erhalten soll, welche ohne Rücksicht darauf, ob das Wasser parterre oder oben im Hause benutzt wird, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder der Piepenbrüderschaft sofort der Stadtwasserkunst als Abnehmer beitreten, für jedes Haus jährlich 4  $\text{fl}$  15  $\text{gr}$ , sonst aber 5  $\text{fl}$  beträgt. Für die größere Quantitäten gebrauchenden Gewerbetreibenden sollen 10,000 Cubikfuß jährlich zu denselben Sätzen von 4½  $\text{fl}$  resp. 5  $\text{fl}$ , der Mehrverbrauch aber zu dem Preise von 20  $\text{gr}$  für 1000 Cubikfuß abgegeben werden. In dem Schreiben werden die großen Vortheile, welche die Mitglieder dieser Genossenschaften aus dem Zutritt zu der städtischen Wasserleitung erlangen würden, ausführlich entwickelt, und der Versammlung die Genehmigung der Bedingungen anheim gegeben. —

Vor Beginn der Berathung dieser einzelnen Propositionen stellte Herr Fiedel den Antrag:

dieselben in einigen Abschriften unter den Mitgliedern der Versammlung circuliren zu lassen, ehe in die Berathung eingetreten würde; und Herr Liffelbon schlug vor:

sie für die Mitglieder drucken zu lassen, Anträge, welche eine längere Debatte veranlassen.



Von Seiten der Antragsteller, denen sich die Herren Leiste und Nieß angeschlossen, wurde die Wichtigkeit der Angelegenheit und die Unmöglichkeit, nach einmaliger Verlesung der voluminösen Actenstücke die vielen in ihnen enthaltenen weitgreifenden Bestimmungen auch nur richtig zu verstehen, hervorgehoben, und im Interesse einer gründlichen Berathung wie der Würde der Versammlung auf Aussetzung der Beschlussfassung bestanden.

Die große Mehrzahl der Redner aber, insbesondere die Herren Aronheim, Haenzler, Bartels, der Herr Vorsitzende, Herr Overbürgermeister Caspari und Herr Grass, sprachen sich dringend für sofortige Beschlussnahme aus und führten als Gründe hierfür im Wesentlichen an:

Nach langen Vorbereitungen, welche insbesondere durch die Anzahl derjenigen Factoren, denen eine Mitwirkung bei dem Zustandekommen der Wasserleitung habe gewährt werden müssen, sich verzögert hätten, habe man gehofft mit diesem Frühjahr zur technischen Ausführung schreiten zu können; auf den 1. Mai d. J. sei der mit der Legung der Röhren beauftragte Ingenieur nebst seinen Leuten engagirt, und jede Verzögerung der heutigen Berathung daher eine kostspielige und gefährliche Sache, vorzüglich auch deshalb, weil erst nach der Beschlussfassung noch die Verhandlungen mit den Piepenbrüdern in Angriff genommen. und die Bedingungen, welche den Privatconsumenten gestellt werden sollten, doch einige Zeit vorher bekannt gemacht werden müssten. Die zu entscheidenden Fragen seien nun aber der Art, daß selbst die Mitglieder der Commission, welche sich Jahre lang mit ihnen beschäftigt hätten, bekennen müssten, daß ihre Vorschläge, wenn auch auf Gutachten der Sachverständigen und Erfahrungen in anderen Städten gestützt, ohne sichere Grundlagen, ohne Prämissen seien, von denen aus sich eine nur einigermaßen genaue Berechnung aufstellen lasse. Beispielsweise seien die 5000  $\mathfrak{R}$ , welche nach  $\mathfrak{N}$  1 des Schreibens als Beitrag der Stadt wegen ihrer Verpflichtung, die Kosten der öffentlichen Brunnen, der Straßenreinigung und der Feuerlöschung zu tragen, an die Wasserleitung jährlich entrichtet werden sollten, so ziemlich aufs Gerathewohl angesetzt; es sei in nassen Sommern, bei einer geringen Anzahl von Feuersbrünsten u. s. w. wohl möglich, daß ein geringeres Wasserquantum, als das mit 5000  $\mathfrak{R}$  berechnete, erforderlich werde, während ebensowohl eine Ueberschreitung desselben denkbar sei. Wer wolle hier, bei der Unmöglichkeit, einen sichern Maßstab aufzufinden, mit Bestimmtheit zu behaupten wagen, diese Summe gerade sei die richtige, und eine andere unrichtig! Was ferner den Privatconsum und die nach seiner muthmaßlichen Größe berechnete Tarification betreffe, so sei unmöglich vorauszu sehen, ob in der ersten Zeit, ob überhaupt, derselbe die angenommenen 30,000 Ebfuß erreichen werde; wer wolle auch hier sich vermessen, nur annähernd das Richtige herauszurechnen, wo Alles von den unberechenbaren Umständen abhängt, ob die Privaten glauben würden, ihre Rechnung bei der Theilnahme an der Wasserleitung zu finden! Möchten sich daher die Antragsteller die Versicherung genügen lassen, daß die Commission nach bestem Wissen und Gewissen, auf Grund der ihr von den Sachverständigen vorgelegten Gutachten, ihre Vorschläge gemacht, daß sie aber auch im Interesse der Privaten darauf Bedacht genommen habe, die Preise immer etwas geringer anzusetzen, als sie in anderen, unsrer Stadt vergleichbaren Städten berechnet seien. Auch würde eine Prüfung, wie sie von den Antragstel-

lern gewünscht werde, dieselben sofort zu der Ueberzeugung gelangen lassen, daß diese Prüfung, dieser Aufschub, überflüssig gewesen, weil es sogleich klar werden müsse, daß etwas Bestimmteres doch nicht werde geboten werden können. Es seien daher fast alle Vorschläge nur als Provisorien zu bezeichnen gewesen und bezeichnet worden. Vorwärts müsse man; nachdem einmal die Sache selbst beschlossen, sei bei dem Drängen der Zeit, bei der Möglichkeit, die Provisorien jeder Zeit nach Bedürfnis zu reformiren, und weil man doch nicht hoffen könne, auch bei gründlichster Berathung das absolut Beste zu finden, die Art und Weise der Detailausführung nicht so wesentlich, daß es sich rechtfertige, durch Verzögerung die ganze Sache ins Stocken zu bringen.

Diese Ausführungen hatten zur Folge, daß Herr Lissebon seinen Antrag zurücknahm, er wurde jedoch von Herrn Leiste wieder aufgenommen, indessen bei der Abstimmung mit großer Majorität verworfen.

Bei der daher sofort vorgenommenen Detail-Berathung erhob zu N<sup>o</sup> 1 des Schreibens Herr Fudel Bedenken gegen die Festsetzung der bestimmten Summe von jährlich 5000  $\mathfrak{g}$  als Beitrages der Stadt, ließ dieselben jedoch fallen, als Herr Oberbürgermeister Caspari und der Herr Vorsitzende ihm erwiedert hatten, daß die Bestimmung dieser Summe nothwendig gewesen, theils um einen Anhaltspunkt darüber zu haben wie viel die Herzogliche Landesregierung, welche nach den darüber bestehenden Vertragsbestimmungen zur Zahlung bestimmten Procentsätze zu den Kosten der Straßenreinigung, des Feuerlöschwesens &c. verpflichtet sei, zu den Kosten der Wasserleitung beizusteuern haben würde, theils aber auch, weil erst nach Festsetzung dieses Zuschusses aus öffentlichen Mitteln einigermaßen zu ersehen sei, wie viel von den Kosten durch den Privat-Consum aufzubringen, und wie dieser deshalb zu tarifyren sei; wobei Herr Kronheim noch hinzufügte, daß es sich von selbst verstehe, daß diese Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln auch dann fortgeleistet werden würden, wenn der Privat-Consum allein die Kosten zu decken im Stande sein sollte, indem in einem solchen Falle auf Ermäßigung des Tarifs für die Privatconsumtion Bedacht genommen werden würde.

Die Versammlung genehmigte darauf nicht bloß diese Bestimmung, sondern auch, ohne weitere Debatte, den vorgelegten Tarif und die Bildung einer Abschätzungs-Commission in der vorgeschlagenen Weise, gestand denjenigen Privatabnehmern, welche vor Beginn der Röhrenlegung ihre Betheiligung anmelden würden, die im §. 4 des Tarifs gewährten Vortheile zu und beschloß, daß der Stadtmagistrat ermächtigt werde, auf Grundlage der vorgelegten Bedingungen mit den verschiedenen Piepenbrüderschaften die erforderlichen Verträge abzuschließen.

Nur noch gegen den §. 6 des Tarifs, nach welchem den Beamten der Wasserkunst jederzeit der Zutritt zu den Räumlichkeiten gestattet werden soll, in denen Röhren &c. angebracht sind, damit er sich von der Erfüllung der contractlichen Bedingungen überzeugen könne, wurden von Herrn Leiste Bedenken ausgesprochen, weil diese Bestimmung doch gar zu leicht zu Mißbräuchen und Unannehmlichkeiten für die Hausbewohner führen könne. Es wurde darauf erwiedert, daß die betreffende Person als städtischer Beamter unter der Controlle des Stadtmagistrats stehen, und dieser derselben gewiß die größte Schonung zur Pflicht machen werde; worauf der Gegenstand, ohne daß ein Antrag gestellt wäre, verlassen wurde.

IV. Nach einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 22. Februar d. J. haben die Anwohner der Gellerstraße an denselben sich unter dem Erbieten, die Kosten der ersten Einrichtung zu tragen, mit dem Gesuche gewandt, diese Straße bis zum Weißen Rofse mit 6 bis 7 Gaslaternen, s. g. Abendlaternen, beleuchten zu lassen. Da hier die Gründe, welche für die Genehmigung früherer Gesuche dieser Art gesprochen, gleichfalls vorlagen, so beantragt das Schreiben:

die Kosten dieser Beleuchtung durch 7 Gaslaternen mit jährlich 49  $\text{R}$  bewilligen zu wollen,

was die Versammlung, dem durch Herrn Südel für die Finanz-Commission abge-  
statteten Berichte entsprechend, genehmigte.

V. Nach einem andern Schreiben des Stadtmagistrats vom 6. März d. J., über welches gleichfalls Herr Südel namens derselben Commission berichtete, hatte das zur Errichtung eines Lessing-Denkmales hier zusammengetretene Comité dem Professor Rietschel den Auftrag ertheilt, für dasselbe noch zwei Reliefs, die Poesie und Kritik darstellend, zur Anbringung an dem Sockel gegen ein Honorar von 500  $\text{R}$  anzufertigen. Der von ihm auch ausgearbeitete und von dem Comité genehmigte Entwurf ist nun nach seinem Tode von zweien seiner Schüler, den Künstlern Don-  
dors und Hultsch in Dresden, ausgeführt und von einer Sachverständigen-Commis-  
sion für untadelhaft und vortrefflich befunden. Es ist nunmehr der Guß der Reliefs in Bronze erforderlich. Da diese dem Inspector Howald übertragene Arbeit 360  $\text{R}$  kosten wird, das Comité aber nur noch über 60  $\text{R}$  zu verfügen hat, so hat sich das-  
selbe wegen Bewilligung der fehlenden 300  $\text{R}$  an den Stadtmagistrat gewandt, der in dem Schreiben die Genehmigung derselben anheim giebt.

Mit dem Bemerken, daß es sich um die Ausführung der letzten Arbeit des Pro-  
fessors Rietschel und um vollständige Vollendung des von demselben herrührenden,  
unsrer Stadt zu unvergleichlicher Zierde gereichenden Lessing-Denkmales handle, empfahl  
Herr Südel die Zustimmung zu dem Antrage, die die Versammlung auch ohne De-  
batte einstimmig ertheilte.

Herr Südel berichtete ferner:

VI. über ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 24. März d. J., die ander-  
weite Verpachtung der dem Neustadt-Rathhause anklebenden Gerechtsame zum Bier-  
und Weinschank betreffend. Nach demselben ist, weil der gegenwärtige Pächter,  
Weinhändler Görig, wiederum seit Ostern v. J. mit den Pachtgeldern im Rückstande  
geblieben und selbst durch Klageerhebung nicht zur Zahlung derselben hat vermocht  
werden können, zu einer anderweiten meistbietenden Verpachtung der Gerechtsame ge-  
schritten, bei welcher der Restaurateur Wilhelm Müller in Schladen 220  $\text{R}$ , und der  
Weinhändler William Krefst hieselbst 210  $\text{R}$  jährlich geboten haben. Obwohl nun  
Ersterer das höchste Gebot abgegeben hat, so beantragt das Schreiben doch, die Ver-  
sammlung möge ihre Zustimmung zu der Verpachtung der fr. Gerechtsame an den  
Pächtern auf 6 Jahre von Ostern d. J. ab und gegen die von ihm gebotene geringere  
Summe ertheilen, weil jener die Weinhandlung nicht erlernt habe, hier nicht wohn-

berechtigt sei, auch seiner Angabe zufolge nur einen Bier- und Weinschank im Kleinen und eine Restauration — woran hier kein Mangel sei — zu betreiben beabsichtige.

Die Commission hat sich mit diesem Antrage einverstanden erklärt, und die Versammlung genehmigte denselben ohne Weiteres.

Sodann stellte noch

VII. Herr Reuter, mit Beziehung auf den in der heutigen Sitzung zur Sprache gebrachten Uebelstand, den Antrag:

die Versammlung wolle das Ersuchen an den Stadtmagistrat richten, eine autographische Presse anzuschaffen, um wichtigere Propositionen zc. behuf Vertheilung unter die Mitglieder der Versammlung vervielfältigen zu können:

welcher ebenfalls angenommen wurde.

Schließlich brachte

VIII. Herr F ü d e l eine Meinungsverschiedenheit der Abschätzungs-Deputationen des Wilhelmi- und des Hohethor-Districts in Bezug auf die Besteuerung von solchen Mündel-Vermögen zur Sprache, welche noch nicht getheilt seien. Eine Gleichmäßigkeit der Auffassung hierüber sei wünschenswerth, insbesondere weil die Besteuerung des Vermögens Aller als eines Ganzen ein ganz anderes, für die Steuerpflichtigen ungünstigeres Resultat ergebe, als wenn dasselbe nach Köpfen zerlegt zur Besteuerung komme.

Unter Zustimmung der Versammlung bemerkte der Herr Vorsitzende hiezu, daß, so lange eine Nachlassenschaft noch nicht getheilt sei, dieselbe als ein Ganzes zu betrachten und zu besteuern sein werde, gleichviel ob dabei Minderjährige concurrirten oder nicht.

Damit wurde diese Sache verlassen, und die Sitzung geschlossen.



## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 16. April 1863.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Degener, Kahlert, Nieß, Uhde und Westermann.

Nachdem das bereits durch den Druck bekannt gemachte Protokoll der Sitzung vom 26. März d. J. nachträglich genehmigt war, verwilligte die Versammlung auf den Vortrag des Vorsitzenden, Herrn Landsyndicus Desterreich, die in einem Magistratschreiben beantragten Zuschüsse zur Auswanderung von drei Corrigenden nach Amerika.

Darauf erinnerte Herr Oberbürgermeister Caspari an den vor Kurzem plötzlich erfolgten Tod des um die Armenpflege in hiesiger Stadt so verdienten Dr. med. Balke, und die Versammlung erhob sich zur ehrenden Anerkennung seiner Thätigkeit von ihren Sitzen.

Indem dieselbe zur Tagesordnung überging, berichtete

I. zunächst Herr Bode für die Schulcommission über das Magistratschreiben vom 3. März d. J., die Errichtung einer höhern Töcherschule auf Rechnung der Stadt betreffend. Derselbe bezog sich auf die im Protocolle der Sitzung vom 26. v. Mts. bereits enthaltenen Mittheilungen, bemerkte, daß selbstverständlich der Versammlung demnächst ein detaillirter Etat vorgelegt werden würde, erklärte sich zu

weiteren Erläuterungen aus dem der Commission vorgelegten Materiale bereit und gab der Versammlung anheim:

ihre Zustimmung zur Einrichtung einer höhern Töcherschule in der beantragten Weise zu ertheilen.

Auf die Anfrage des Herrn Reuter, ob die Ausführung des vorgelegten Planes, namentlich die Vermehrung der bisherigen Klassen, nicht an der Unzulänglichkeit des jetzigen Lokals scheitern werde, erwiederte Herr Oberbürgermeister Caspary, daß man sich bis auf Weiteres dadurch werde helfen können, daß man die Wohnung der bisherigen Schuldirigentin mit zu dem Schullokale hinzuziehe und dem designirten Schulinspector einstweilen eine Miethentschädigung zahle.

Herr Bode stellte mit Bezugnahme darauf, daß die Gewinnung eines passenden Lokals für die höhere Töcherschule mit abhängig sei von der endlichen Entscheidung über die Gymnasium-Frage, den Antrag:

die Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß die Verzögerung in dem Baue des neuen Gymnasiums endlich ein Ende nehme.

Herr Haessler, an sich mit diesem Antrage einverstanden, erklärte, daß derselbe die vorliegende Frage eigentlich gar nicht berühre, da das jetzige Gebäude der Martinischule völlig ungeeignet zur Aufnahme irgend einer Schule sei, und wenn man auch an einen Neubau desselben denken wollte, doch wegen des Mangels an einem genügenden Spielplatze, das Lokal auch für eine höhere Töcherschule ein ungenügendes bleiben würde, und schlug vor:

die Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, mit der Acquirirung eines passenden Schullokals für die höhere Töcherschule sofort vorzugehen.

Herr Oberbürgermeister Caspary erklärte hiezu, daß die Versammlung von der Bereitwilligkeit des Stadtmagistrats, die Erledigung dieser Frage zu beschleunigen, sich überzeugt halten könne. Was das Martini-Schulgebäude betreffe, so sei die Unzulänglichkeit desselben in seiner jetzigen Gestalt unzweifelhaft. Uebrigens werde unter allen Umständen, auch wenn, wie jetzt verlautet, der Neubau des Gymnasiums beschleunigt werden sollte, doch damit zu viel Zeit vergehen, als daß man auf jenes Gebäude für die neue Schule würde reflectiren dürfen.

Herr Mattenkloft fragte an, woher es komme, daß, den in den übrigen Gemeindeschulen beobachteten Grundsätzen zuwider, nach dem vorgelegten Entwurfe die Stellen der Hauptlehrer an den drei unteren Klassen der höheren Töcherschule durch Damen besetzt werden sollten, und Herr Reiste wendete sich in einem längern Vortrage mit großer Entschiedenheit nicht nur gegen diese Bestimmung des Entwurfes, sondern auch gegen die andere, nach welcher in den oberen Klassen bei dem durch Lehrer ertheilten Unterrichte Damen zugegen sein sollen, und stellte den Antrag:

die Versammlung wolle diese beiden Punkte bei der Beschlußfassung über die Proposition von der Genehmigung ausschließen.

Herr Leiste sprach die Ansicht aus, daß es einen Miß durch das ganze System involvire, wenn in den unteren Klassen etwas Anderes gelte, als in den oberen, daß man, wenn man einmal die Anstellung von Männern als Hauptlehrer für zuträglich halte, auch die Kosten nicht scheuen dürfe, welche die Ausdehnung dieser Maßregel auch auf die unteren Klassen veranlassen würde, und erklärte die Gegenwart von Frauen bei dem durch Lehrer erteilten Unterrichte der älteren Mädchen für überflüssig und schädlich, weil sie eine Beargwohung der Lehrer enthalte, deren Stellung daher entwürdigte, zu fortwährenden Conflicten zwischen ihnen und den beaufsichtigenden Damen führen müsse, ja die Unbefangenheit der Kinder, welche alt genug seien, um den Grund dieser Beaufsichtigung ahnen zu können, zerstören würde, und weil man durch Anstellung von ehrenhaften und tüchtigen, womöglich verheiratheten Lehrern alle Gefahren mit Leichtigkeit beseitigen könne.

Auch Herr Ding schloß sich dieser Ansicht an, betonte aber vor Allem die Nothwendigkeit der Verbesserung der pecuniären Lage der Lehrer, welche durch die Nebenbeschäftigung mit Privatunterricht, zu dem sie gezwungen seien, ihre besten Kräfte der Schule entzögen, sich früh abnutzten und oft schon in den besten Jahren der Gemeinde als pensionsbedürftig zur Last fielen, erklärte auch die Uebernahme der Lehrergehälter auf die Stadtkasse für nothwendig.

Herr Oberbürgermeister Caspari erwiderte: Was zunächst den von Herrn Ding angeregten Punkt betreffe, so würden die Lehrergehälter aus der Stadtkasse gezahlt, indem dieselbe zuschieße, was an Schulgeld zu wenig aufgebracht werde. Die pecuniäre Stellung der Lehrer anlangend, so halte dieselbe, nachdem sie bereits mehrfach verbessert worden, den Vergleich mit jedem andern Orte aus. Die Gehälter stiegen von 250 bis 500  $\text{fl}$ , und dabei hätte eine große Anzahl Lehrer Nebeneinkünfte aller Art. So komme es, daß die Lehrer der Mehrzahl nach mit ihrer Lage vollkommen zufrieden seien. Was den Privatunterricht betreffe, so stehe er nicht an zu behaupten, daß die Lehrer solchen erteilen würden, auch wenn man ihren Gehalt auf das Doppelte erhöhte, und daß sie ein Verbot desselben sehr ungern sehen möchten, weil sie ihn mit als Erholung betrachteten. Auch die Zahl der Lehrer sei, sowohl auf dem Lande, wo ihre Lage jetzt auch verbessert sei, als namentlich in hiesiger Stadt in Folge der Einrichtung der städtischen Präparanden-Anstalt, in erfreulichem Steigen.

Die Anträge des Herrn Leiste anlangend, so ständen die von demselben ausgesprochenen Grundsätze mit den Ansichten unsrer erfahrensten Pädagogen im directesten Widerspruche. Von allen Seiten, wohin er auch sich gewandt habe, seien ihm in dieser Hinsicht die vollgültigsten Belege gegeben, wie man denn auch in anderen Orten beabsichtige, zu den hier vorgeschlagenen Einrichtungen überzugehen. Namentlich aber hätten sich gerade die Lehrer, welche bisher an den hiesigen Schulen in solchen Stellungen gewirkt hätten, über diese Einrichtung mit großer Befriedigung ausgesprochen. Auch sei wohl anzunehmen, daß die durch den Schuldirektor und Inspector geübte Oberaufsicht etwaige kleine Uebelstände leicht beseitigen werde. Ebenso habe

sich auch die Anstellung von Frauen als Hauptlehrerinnen, selbst als Klassenlehrerinnen, bei den jüngern Kindern vollkommen bewährt, wie denn ganze Schulen von solchen mit Erfolg auch hier geleitet würden. Wenn daher auf diese Weise dasselbe geleistet werden könne, was durch Lehrer, so sehe er nicht ein, warum man nicht den sparsamern Weg wählen solle.

Herr Reuter: Er müsse sich auf das Ernstlichste gegen Herrn Leiste aussprechen und würde seine Töchter nie in eine Schule schicken, in welcher nicht das vom Magistrate vorgeschlagene Princip zur Anwendung käme; als Lehrer der Töchter möchten Männer nothwendig sein, aber die eigentliche Erziehung wolle er nur Frauen anvertrauet wissen.

Herr Aronheim: Obwohl er überhaupt gegen den ganzen Magistrats-Antrag sei, so müsse er doch in diesem Punkte aufrichtig für denselben Partei ergreifen. Man brauche nicht Pädagoge zu sein, um zu fühlen, daß dieser Theil des Magistrats-Antrages natürlich und nothwendig sei. Die Erziehung der Mädchen müsse bis in die höchsten Klassen nur Frauen anvertrauet werden, und Lehrer müßten erst da eintreten, wo der Lehrgegenstand ihre Zuziehung nothwendig mache.

Herr Bode äußerte sich in gleichem Sinne. Es sei dies eine Sache weniger des Raisonnements als des Gefühls. Wie Herr Reuter würden alle Mütter urtheilen. Uebrigens sei die Oberleitung auch nach dem Vorschlage des Magistrats vorwiegend den Lehrern vorbehalten, da diese während voller 6 Jahre der Schulzeit, Frauen aber nur während der ersten 3 Jahre die Leitung der Klassen haben sollten.

Nachdem noch Herr Leiste, mit dem Bemerken, daß auch er mit Eltern und Lehrern Rücksprache genommen, und daß es ihm unbegreiflich sei, wie man Lehre und Erziehung trennen wolle, die Ausführungen der Vorredner zu widerlegen versucht hatte, sprachen sich Herr Südel und nochmals Herr Aronheim für die Ansichten des Herrn Reuter aus.

Bei der Abstimmung wurden denn auch die Leiste'schen Anträge von der Versammlung mit allen gegen die Stimmen der Herren Leiste und Ding verworfen, und der von der Commission gestellte Antrag mit allen gegen die Stimme des Herrn Aronheim angenommen.

Ebenso genehmigte die Versammlung die zu Anfang der Debatte von den Herren Bode und Haeußler gestellten Anträge, und erklärte sich auf den Vorschlag des Herrn Oberbürgermeisters Caspari damit einverstanden,

daß dem Schuldirector Friedrichs die zum Besuche einiger auswärtiger höherer Töchterschulen erforderlichen Geldmittel verwilligt würden.

II. Nach einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 29. März d. J. hat die Versammlung zwar am 10. October 1861 genehmigt, daß mit der Neupflasterung der im verslossenen Jahre kanalisirten Straßen in diesem Jahre vorgegangen werde; da aber das neue Pflaster wegen der Röhrenlegung für die Wasserleitung doch wieder würde aufgerissen werden müssen, so hat der Kreisbaumeister Gräffen vorgeschlagen, in diesem Jahre nur mit der Kanalisirung fortzufahren, und nur an denjenigen Stellen, wo das Pflaster zu schlecht sei, wie in der Schuhstraße und auf dem Papen-



stiege, die dringendsten Reparaturen desselben vorzunehmen, und als zu kanalisirende Straßen bezeichnet:

- 1) die Neuestraße (Kosten: 2615 ₰ 28 g 6 A),
- 2) die Kannengießerstraße (Kosten: 1480 ₰ 24 g 5 A),
- 3) die Straße hinter den Brüdern und auf dem Schilde (Kosten: 3897 ₰ 2 g 4 A),
- 4) den Straßenzug von der Scharnstraße durch die Sonnenstraße bis zur Oker hinter der Echternstraße (Kosten: 2656 ₰ 27 g 5 A),
- 5) die kleine Burg (Kosten incl. der Umlegung des Pflasters: 1047 ₰ 18 g 5 A),
- 6) den Straßenzug vom nördlichen Ende der Breitenstraße über den Bäckerkint nach dem Kanale auf dem Südkint (Kostenaufwand: 836 ₰ 5 g 8 A).

Da sich sowohl der Stadtmagistrat als die Herzogl. Polizeidirection mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt, und die Herzogl. Baudirection sich dahin geäußert habe, daß die seitens der Staats-Casse beizutragenden Geldmittel disponibel seien, auch die Stadtcasse durch den zu leistenden Beitrag nicht in Verlegenheit kommen werde, so wird der Versammlung die Zustimmung zu diesen Arbeiten anheim gegeben.

Nach dem Berichte des Herrn Graß hat sich die Baudeputation mit allen Punkten der Proposition einverstanden erklärt und wünscht nur, bei dieser Gelegenheit die schon früher geäußerten Bedenken gegen die ausschließliche Verwendung von viereckigen Kanälen zu wiederholen.

Herr Oberbürgermeister Caspari verwies auf seine in einer frühern Sitzung gegebenen Erläuterungen, und bemerkte, daß die an vielen verschiedenen Punkten stattgehabten Ausgrabungen der Kanäle die Gefahr von Verschlemmungen als sehr gering erwiesen hätten.

Dessenungeachtet hielten die Herren Häusler und Bantler das obige Bedenken aufrecht, und indem die Versammlung die Proposition im Ganzen genehmigte, beschloß sie zugleich,

dem Stadtmagistrate ihre Bedenken gegen die Verwendung von viereckigen Kanälen zu wiederholen und denselben zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß an solchen Stellen, wo Verschlämmungen zu befürchten, statt der viereckigen eirunde Kanäle gelegt würden.

Herr Lissebon brachte zugleich die an vielen Orten unzweckmäßig Befundene Vorschrift zur Sprache, nach welcher aus den Häusern Seitenkanäle in die großen Straßenkanäle gelegt werden müßten:

Nach einer kurzen Besprechung einigte man sich auf den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden zu dem Beschlusse:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, der Versammlung darüber Mittheilung machen zu wollen, nach welchen Principien die Hausgassen, namentlich die Einführung derselben in die Kanäle, von der ausführenden Behörde angelegt würden, und ob ein Zwang zu einer solchen Einführung gegen die Hauseigenthümer stattefinde.

Ferner erwähnte Herr Graß, durch ein Schreiben des Herrn Vorsitzenden an die Baudeputation veranlaßt, des Uebelstandes, der durch die Ueberführung einer Grandschicht auf die ungepflasterten Straßen und deren zu späte Begräumung veranlaßt werde.

Obwohl die an der Besprechung Theil nehmenden Herren sich sämmtlich dahin aussprachen, daß zwar die Ueberführung der betreffenden Grandschicht besonders bei der Pflasterung mit runden Steinen, eine Nothwendigkeit sei, daß aber von Seiten der ausführenden Beamten die Begräumung derselben nicht immer rechtzeitig geschehe, so wurde doch kein bestimmter Antrag gestellt, und die Versammlung wandte sich

III. zur Verathung eines Schreibens des Stadtmagistrats vom 6. April d. J., den vom Stadtbaumeister Tappe am Herzoglichen Collegio Carolino ertheilten Unterricht betreffend.

Nach diesem Schreiben hat das Directorium dieser Anstalt das dringende Ersuchen ausgesprochen, daß dem Stadtbaumeister die Fortsetzung seines Unterrichts im architectonischen Entwerfen, und zwar für 2 bis 4 wöchentlich des Nachmittags zu haltende Stunden, gestattet werde, und der Stadtbaumeister selbst hat sich mit dem Anführen, daß ihm der ertheilte Unterricht bei seinen oft abspannenden Berufsgeschäften eine geistige Anregung und Erfrischung, sowie die Möglichkeit gewähre, mit allen neueren Erscheinungen der einschlagenden Literatur sich vertraut zu machen, mit der Fortdauer dieses Verhältnisses einverstanden erklärt. Auch der Stadtmagistrat spricht sich in dem Schreiben für die Gewährung des Gesuches, und zwar aus den angeführten Gründen, zugleich aber auch deshalb aus, weil dem Stadtbaumeister die für den Unterricht gewährte Nebeneinnahme sehr wohl zu wünschen sei, und der Stadt eine Erhöhung des Gehaltes desselben, welche nicht wohl verweigert werden könnte, erspart werde.

Es wird daher beantragt:

die fernere Beschäftigung des Stadtbaumeisters Tappe als Lehrers am Collegio Carolino in der bezeichneten Weise bis auf Weiteres zu genehmigen.

Obwohl nach dem für die Baudeputation von Herrn Graß abgestatteten Berichte der Vorschlag derselben dahin ging, die beantragte Genehmigung wiederum nur für das laufende Sommer-Semester zu ertheilen, so sprach sich doch die Mehrzahl der an der Debatte Theil nehmenden Herren insbesondere deshalb für die Annahme des Magistrats-Antrages aus, weil die Genehmigung bis auf Weiteres ja nicht ausschliesse, die Frage bei Gelegenheit der bei Einführung der neuen Bauordnung zu erörternden Besetzung des Personals des Stadtbauamtes wieder zur

Sprache zu bringen, und die Versammlung stimmte daher der Proposition des Stadtmagistrats zu.

Sodann berichtete

IV. Herr Jüdel über ein Magistrats Schreiben vom 11. d. Mts., die Beaufsichtigung des Neustadt-Rathhauses betreffend. Der Stadtmagistrat beabsichtigt nach demselben, den Armenboten Severit gegen eine Vergütung von 50  $\text{fl}$  und gegen freie Wohnung mit der betreffenden Beaufsichtigung und mit der Reinigung und Heizung der in dem Rathhause zu städtischen Zwecken benutzten Lokalitäten zu beauftragen.

Die Commission hat sich mit der hierauf gerichteten Proposition einverstanden erklärt, und die Versammlung genehmigte dieselbe ohne Weiteres.

Ferner wählte dieselbe

V. in Gemäßheit eines Schreibens des Stadtmagistrats vom 8. d. Mts. zur Vertretung der Stadt bei den diesjährigen, auf den 26., 27., 28. und 29. August fallenden Militair-Aushebungs-Terminen die Herren Duenstedt und Rischbieter, und zum Stellvertreter derselben Herrn Graß.

Schließlich kamen in vertraulicher Sitzung

VI. eine Anzahl von Gesuchen um Ertheilung des Wohnortsrechts zur Berathung.

---

**Nr. 6.**

(Fortsetzung der Beilage zu Nr. 101 de 1863 der  
Braunschweigischen Anzeigen.)

**1863.**

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 4. Juni 1863.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Degener und Rischbieter.

Nachdem der Herr Vorsitzende die Versammlung eröffnet hatte, wurde der noch nicht veröffentlichte Schluß des Protocolls vom 16. April d. J. verlesen, und das ganze Sitzungs-Protocoll genehmigt.

Hierauf kamen zuvörderst in vertraulicher Sitzung einige Angelegenheiten zur Sprache, und nach deren Erledigung wandte sich die Versammlung in öffentlicher Sitzung

I. zu der Berathung eines Schreibens des Stadtmagistrats vom 2. Mai d. J., in welchem in Bezug auf die bei Gelegenheit der neulichen Verhandlungen über die Verbesserung der hiesigen Lösch-Anstalten dahin ausgesprochenen Wünsche, daß von den von der Aachen-Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft an die Landes-Regierung alljährlich zu zahlenden Geldern ein Theil zu diesem Zwecke verwendet, und die hier concessionirten Asscuranz-Gesellschaften ebenfalls zu Beiträgen angehalten werden möchten, die Ergebnisse der vom Stadtmagistrate vorgenommenen Schritte berichtet werden. Diese Verhandlungen nun sind ziemlich fruchtlos geblieben, indem von den hier concessionirten Gesellschaften nur die Stettiner und die Leipziger sich



zu einmaligen Beiträgen von resp. 20 und 50  $\text{fl}$  bereit erklärt haben, und das hierauf an Herzogl. Staatsministerium gerichtete Gesuch, daß denjenigen fremden Versicherungs-Gesellschaften, welche in der hiesigen Stadt künftig zugelassen werden würden oder bisher auf Widerruf zugelassen seien, aufgegeben werde, jährlich 1% der hier erhobenen Prämien zur Unterhaltung der Feuerlösch-Anstalten in die Stadt-casse einzuzahlen, abgelehnt ist. Die Gründe dieser Ablehnung werden im Wesentlichen dahin mitgetheilt, daß, wenn zu Gunsten der Stadt eine derartige Maßregel getroffen werde, auch die übrigen Gemeinden des Landes mit Recht eine gleiche Begünstigung beanspruchen dürften, und die Versicherungs-Gesellschaften, um den dann entstehenden erheblichen Ausfall zu decken, zu entsprechender Erhöhung der Prämien veranlaßt werden würden, mithin kein Vortheil aus der Maßregel zu erwarten sein möchte; daß aber ferner, was die von der Aachen-Münchener Gesellschaft gezahlte Jahressumme betreffe, von dieser der Stadt, wie bekannt, schon ein erheblicher Antheil zur Unterstützung hier bestehender Vereine und Anstalten zuströme, auch nicht außer Acht zu lassen sei, daß der Staat durch Uebernahme eines großen Wasserleitung der Stadt eine hervorragende Unterstützung gewähre. Unter diesen Umständen hält das Schreiben eine erneuerte Vorstellung, da neue Gründe nicht beigelegt werden könnten, voraussichtlich für erfolglos, erklärt es für unbillig, von den beiden Gesellschaften, welche sich zu einmaligen Beiträgen bereit erklärt haben, die angebotene, an sich geringfügige, Summe anzunehmen, und giebt anheim, die Angelegenheit bis auf Weiteres ruhen zu lassen.

Nachdem sich der Herr Vorsitzende in gleichem Sinne und Herr Bantler sein Bedauern über dies Ergebnis, aber auch die Hoffnung ausgesprochen hatte, daß sich die Versicherungsgesellschaften bei weiterer Würdigung der Sachlage zu Beiträgen noch verstehen würden, schloß sich die Versammlung dem Magistrats-Antrage an.

Es berichtete sodann

II. Herr Födel Namens der Finanz-Commission über ein ferneres Schreiben des Stadtmagistrats vom 9. Mai d. J., nach welchem die Pächter des am Hagenmarkte belegenen, »der Engel« genannten, städtischen Wein- und Bierkellers und des unter dem Neustadt-Rathhause befindlichen Kellers, die Weinhändler Pappée und Büschhoff, die Fortsetzung des zu Michaelis d. J. ablaufenden Pachtcontracts auf fernere drei Jahre, zugleich aber die Ermäßigung des für den Weinkeller »zum Engel« zu zahlenden Pachtsumme von 800  $\text{fl}$  auf 700  $\text{fl}$  — wogegen die jährliche Pachtsumme von 200  $\text{fl}$  für den Keller unter dem Neustadt-Rathhause unverändert bleiben würde, — mit dem Anführen beantragt haben, daß ihr Detail-Geschäft durch die Verlegung des Theaters sehr erheblich gelitten habe. Mit dem Bemerkten, daß der angeführte Grund begründet erscheine, und mit Bezug auf das ungünstige Ergebnis der letzten Verpachtung der dem Neustadt-Rathhause anliegenden gleichartigen Gerechtsame wird anheim gegeben, zu der beantragten Herabsetzung der Pacht bei sonst gleichen Bedingungen die Zustimmung zu ertheilen.

Die Commission, in der Ueberzeugung, daß eine öffentliche meißbietende Verpachtung kein günstigeres Resultat ergeben würde, empfiehlt die Annahme des Antrages, und die Versammlung genehmigte denselben ohne Debatte.

III. Nach einem andern Schreiben des Stadtmagistrats vom 5. Mai d. J. hat sich das zur Leitung des von Seiten des Norddeutschen Männergesang-Vereines vom 10. bis 13. Juli d. J. hier stattfindenden großen Gesangsfestes zusammengetretene Comité mit der Bitte an den Stadtmagistrat gewandt, daß die Stadt für das dabei beabsichtigte Wettfingen, wie es in Süddeutschland Sitte sei, einen Preis aussetzen möge. Da die Stadt, welche sich sonst bei dergleichen Festen regelmäßig mit sehr erheblichen Beiträgen betheiligt habe, einen anderweiten Zuschuß nicht werde zu leisten haben, so beantragt der Stadtmagistrat, zu genehmigen, daß zu dem beabsichtigten Zwecke ein silberner Pokal mit geeigneten Emblemen angefertigt und dem Comité als Siegespreis eingehändigt, die Kosten aber bis zu einer Summe von 300  $\mathfrak{f}$  auf die Stadtcasse übernommen würden.

Nach dem Berichte des Herrn Fiedel hat sich die Finanz-Commission gern einverstanden erklärt, und die Versammlung genehmigte die beantragte Verwilligung mit allen gegen eine Stimme.

Kerner referirte

IV. Herr Haeusler für die Statuten-Commission über ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 20. Mai d. J. die Anlage elektrischer Drahtleitungen behuf möglicher Nuthbarmachung der im Bau begriffenen Wasserleitung zum Zwecke der Feuerlöschung betreffend. Nach demselben wird beabsichtigt, das Maschinenhaus mit dem Hochreservoir, der Herzoglichen Polizei-Direction und der neu einzurichtenden Thurmwärter-Wohnung durch eine elektrische Drahtleitung zu verbinden, eine Anlage, welche nach dem Gutachten des Ingenieurs Claus etwa 800  $\mathfrak{f}$  kosten und am zweckmäßigsten nicht unter der Erde, sondern durch die Straßen der Stadt angebracht werden würde. Zu der Ausführung einer solchen Maßregel wird es daher erforderlich, daß die Isolirkapseln an den Häusern befestigt werden, und da in einem, dem Schreiben beigelegten Gutachten des Professors der Physik am Herzogl. Collegio Carolino, Dr. Wiedemann, die Befestigung dieser Kapseln an den Häusern hinsichtlich des Einschlagens des Blitzes für vollständig gefahrlos erklärt wird, so wird die Zustimmung zu einem, diese Anlage an den Häusern auch gegen den Widerspruch der Eigenthümer ermöglichenden Statute anheim gegeben, welches lautet:

»Statut, die Erweiterung des §. 77 der Straßenpolizei-Ordnung für die Stadt Braunschweig vom 13. Februar 1857 betreffend.

Wenn im öffentlichen Interesse die Anlegung elektrischer Drahtleitungen und deren Führung durch die Straßen der hiesigen Stadt von der Herzoglichen Landesregierung oder von den hiesigen städtischen Behörden beschlossen wird, so müssen die Hausbesitzer ohne Entschädigung gestatten, daß die Isolirkapseln an ihren Häusern angebracht werden, und finden die Bestimmungen des §. 77 der Straßenpolizei-Ordnung für die hiesige Stadt vom 13. Februar 1857 auch auf diese Vorrichtungen Anwendung.

Zugleich wird beantragt, »sich damit einverstanden zu erklären, daß die demnächstige Anlegung elektrischer Drahtleitungen und deren Führung durch die Straßen der Stadt, so wie deren Anbringung an den Häusern beschlossen, die Bestimmung über die Ausdehnung und Richtung derselben, so wie die Verwilligung der Kosten aber noch ausgesetzt werde.«

Die Commission hat sich mit den Anträgen einverstanden erklärt, hält aber folgende Aenderungen an der Fassung des Statuts für erforderlich:

1. hinzuzufügen, daß die Hauseigenthümer zu gestatten haben, daß die Drahtleitungen auch über die Häuser fortgeführt werden, und
2. statt »deren Führung durch die Straße der Stadt« — um das weitere Stadtgebiet nicht etwa auszuschließen — deutlicher zu sagen: »durch die hiesige Stadt« oder »durch das Stadtgebiet.«

Nachdem noch Herr Haessler erwähnt hatte, daß die zum Schutze telegraphischer Leitungen im Gesetze vom 23. October 1849 getroffenen Strafbestimmungen auch auf die beabsichtigte Drahtleitung Anwendung hätten, nahm die Versammlung den Magistrats-Antrag und das Statut, letzteres mit den Verbesserungs-Vorschlägen der Commission, an.

#### Hiernächst referirte

V. Herr Reuter für die Finanz-Commission über ein Magistrats-Schreiben vom 20. Mai d. J., die Einrichtung eines Feuerwache-Lokals und eines Aufbewahrungsraums für die neue Mehlsche Sprühe im Neustadt-Rathhause betreffend. Nach demselben ist bei den Verhandlungen mit der betreffenden Commission der Wunsch geäußert, daß ein Lokal eingerichtet werde, in welchem in stürmischen Nächten durch Freiwillige der Turner-Feuerwehr eine Feuerwache gehalten werden könne. Wie ein Gutachten des Stadtbaumeisters Tappe ausführt, so eignet sich eine Lokalität in der nordwestlichen Ecke des Neustadt-Rathhauses sowohl hierzu recht gut, als auch zur Unterbringung der neuen Mehlschen Sprühe, welche bisher im alten demnächst abzureißenden Theater-Gebäude aufgestellt gewesen ist, und würde die erste Einrichtung dieser Räume etwa 500  $\mathcal{F}$  kosten. In Erwägung, daß die Herstellung eines eigenen neuen Sprühenhauses weit erheblichere Kosten veranlassen, und daß die bestellte zweite Heidelberger Sprühe zweckmäßiger Weise in der südwestlichen Gegend der Stadt, einem Stadttheile, der bisher ganz ohne Sprühen gewesen, sich werde unterbringen lassen, wird die Zustimmung zur Ausführung der betreffenden Vorschläge des Stadtbaumeisters und zur Verwendung der geforderten Summe beantragt.

Die Commission hat sich nach dem Berichte des Herrn Reuter im Wesentlichen einverstanden erklärt, hält aber den Raum für das Wachlokal für viel zu beschränkt. Dieselbe schlägt daher vor, die Versammlung wolle

- 1) die Verwendung der angeforderten 500  $\mathcal{F}$  genehmigen, zugleich aber
- 2) an den verehrlichen Stadtmagistrat das Ersuchen richten, dem Stadtbaumeister Tappe aufzugeben:

a. nochmals zu prüfen, ob es nicht angehe, durch Herrichtung eines andern Lokals zur Aufbewahrung der Brennmaterialien den ganzen Raum in der nordwestlichen Ecke des Hauses zu den fr. Zwecken verwenden zu können, eventuell sobald das Lokal geräumt sein werde, durch versuchsweise Aufstellung der Lösch-Apparate zu prüfen, ob nicht eine größere, allenfalls für 12 Mann ausreichende Wächterstube zu gewinnen stehe, und

b. in Bezug auf Ventilation, Gefälle, Beleuchtung, Verschluss u. diejenigen Grundsätze zur Anwendung zu bringen, welche die Schrift des Professors Frick »die Feuerspritze« — Verlag von Fr. Vieweg und Sohn — über die Aufbewahrungslöcale der Spritzen an die Hand gebe.

Nach kurzer Besprechung, an der außer dem Referenten noch Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Aronheim und Bautler Theil nahmen wurden die Commissions-Vorschläge genehmigt.

Herr Aronheim beantragte bei dieser Gelegenheit, in Berathung zu ziehen, ob nicht jetzt, nachdem sich die Turner-Feuerwehr als zweckmäßig organisiert bewährt habe, zur Auflösung des Rettungswie Lösch-Vereins geschritten werden könne;

und bat zur Prüfung dieser, eine sorgfältige Erwägung erheischenden Frage eine besondere Commission niederzusetzen.

Der Herr Vorsitzende überwies den Antrag, unter Zustimmung des Herrn Aronheim, der bereits für die Feuerlösch-Angelegenheiten eingesetzten, aus den Herren Reuter, Bautler und Häusler bestehenden Commission zum Berichte.

VI. Auf einen für die Finanz-Commission abgestatteten Bericht des Herrn Südel erklärte sich die Versammlung ferner damit einverstanden, daß einem im Magistrats-Schreiben vom 2. Mai d. J. gestellten Antrage gemäß, der Wittwe des Ober-Armenarztes Dr. med. Balke von der Remuneration, welche derselbe als Assistent des Medicinalraths Dr. Franke mit 250 ₰ jährlich, und als Armenarzt mit 80 ₰ jährlich bezogen hat, ein zweimonatlicher Betrag annoch gezahlt werde.

Es kam demnächst

VII. ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 22. Mai d. J. zur Berathung, die Stellvertretung resp. Unterstützung des Stadtbaumeisters in seinen amtlichen Functionen betreffend. Inbalt des Schreibens, welches die betr. Verhältnisse ausführlich auseinander setzt, ist dem Stadtbaumeister bei seiner Anstellung eröffnet, daß ihm auf Kosten der Stadt ein Bureauarbeiter und ein Bauaufseher mit einem Aufwande von bis zu 400 ₰ jährlich gehalten werden solle, er dagegen eine Vergütung für Bureau- und sonstige Kosten nicht beanspruchen könne. Während nun die Anstellung eines Bauaufsehers schon seit mehreren Jahren stattgefunden, hat der Stadtbaumeister in den ersten Jahren seit seiner Anstellung im Interesse der Stadt auf die Annahme eines Bureaugehülfen, jedoch gegen Ersatz der baaren Ausgaben für Co-



pialien und Botenlöhne, verzichtet, nach der Uebernahme von Unterrichts-Stunden am Collegio Carolino, aber sich einen Bureaugehülfen in der Person des Architekten Schmidt aus Blankenburg, auf eigene Kosten gehalten, und gegenwärtig, nachdem die ihm von dieser Anstalt gezahlte Remuneration in Folge der Verringerung seiner Unterrichts-Stunden bedeutend ermäßigt worden, darauf angetragen, daß der Architect Schmidt als sein Bureauarbeiter mit einer vom 1. April d. J. an zu zahlenden Remuneration von 25  $\text{fl}$  monatlich seitens der Stadt angestellt werde. Das Schreiben führt nun aus, daß seit der Anstellung des Stadtbaumeisters und namentlich in der neuesten Zeit nach Erlass der städtischen Bau-Ordnung, der Geschäftsumfang sich so vergrößert habe, daß die damals getroffenen Bestimmungen unzureichend erschienen, und es insbesondere, wie es auch die Bau-Ordnung voraussetze, erforderlich geworden sei, daß ihm ein Stellvertreter und Geschäftsgehilfe beigeordnet werde. Entschieden sei es nun zwar im höchsten Grade wünschenswerth, daß zu dieser Stellung ein eigentlicher Architect, welcher seine Befähigung durch die Bestehung der Staats-Prüfungen dargethan habe, genommen werde, aber die bisherigen Bemühungen, eine geeignete Persönlichkeit zu gewinnen, seien erfolglos gewesen, was bei der geringen Zahl von examinirten Aspiranten im hiesigen Lande erklärlich erscheine. Unter diesen Umständen müsse man den vom Stadtbaumeister gestellten Antrag vorläufig als das einzige Auskunftsmittel bezeichnen, um so mehr, als der Kreisbaumeister Hilzinger sich zur Vertretung des Stadtbaumeisters, wo es sich um technische Gutachten und Entscheidungen handle, bereit erklärt habe; und die diesem vorgelegte Behörde ihre Zustimmung hierzu — deren Einholung vorbehalten bleibe — wohl nicht verweigern werde. Es wird daher beantragt:

zu beschließen, daß dem Stadtbaumeister Tappe bis auf Weiteres aus der Stadtcasse eine Summe von 300  $\text{fl}$  jährlich, und zwar vom 1. April d. J. an zahlbar, bewilligt werde, um sich dafür einen Bureaugehülfen zu engagiren, unter der Bedingung, daß er den von ihm zu engagirenden Gehülfen bei jedem eintretenden Wechsel dem Stadtmagistrate zur Genehmigung präsentire und demselben die von der Stadt empfangene Vergütung wieder bewillige;

sowie ferner zu beschließen: daß der Stadtmagistrat ermächtigt werde, dem Stadtbaumeister Tappe baare Auslagen für einen Boten oder für Copialien aus der Stadtcasse ersetzen zu lassen.

Nachdem von Herrn Grass für die Bau-Deputation abgeflatteten Berichte ist die Commission vollkommen einverstanden, giebt aber anheim:

den Stadtmagistrat dringend zu ersuchen, seine Bemühungen fortzusetzen, um für die Stelle eines Gehülfen des Stadtbaumeisters einen wirklichen Architekten, der die vorgeschriebenen Staatsprüfungen bestanden habe, baldmöglichst zu acquiriren.

Bei der Berathung sprachen sich die Herren Haars, Häusler und Bissel mit Entschiedenheit für diesen letztern Commissions-Antrag aus, und Herr Häusler machte noch besonders auf die Unzuträglichkeiten aufmerksam, welche die

Vertretung des Stadtbaumeisters durch einen unter einer andern Behörde stehenden Staatsbeamten nach sich ziehen könne.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Caspari sich ebenfalls zustimmend geäußert und die beantragte Maßregel eben nur als ein durch die Nothwendigkeit gebotenes Provisorium bezeichnet hatte, genehmigte die Versammlung sowohl die Magistrats-Propositionen als den Antrag der Commission. —

Herr Grass machte dann noch darauf aufmerksam, daß die Mitglieder der jetzt bestehenden Baudeputation einstweilen auch als Mitglieder des Stadtbauamtes fungirt hätten, und fragte an, ob nicht dieserhalb eine besondere Wahl vorzunehmen sei. Es wurde demselben aber unter allseitiger Zustimmung erwiedert, daß bei der letzten Wahl dieser Deputation bereits die Bestimmung getroffen sei, daß ihre Mitglieder zugleich die von der Versammlung zu ernennenden Mitglieder des Stadtbauamtes sein sollten.

VIII. In Bezug auf die Berathung eines während der Versammlung vertheilten Schreibens des Stadtmagistrats vom 26. Mai d. J., die Verengerung der Dferkanäle betreffend, beschloß die Versammlung, dasselbe der Baudeputation zum Berichte zu überweisen, diese aber zu dem Zwecke durch je ein Mitglied der Statuten- und der Finanz-Commission zu verstärken, und wählte hierzu durch Aclamation die Herren Bode und Uhde.

Wegen vorgerückter Zeit mußte die noch auf der Tagesordnung befindliche Verhandlung über die Proposition, die Herabsetzung des Gaspreises betreffend, ausgesetzt werden, und die Versammlung beschäftigte sich schließlich,

#### wieder in vertraulicher Sitzung

mit einigen Anträgen auf Niederschlagung rückständiger Steuern und einer Anzahl von Gesuchen um Ertheilung des Wohnortsrechts.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 30. Juli 1863.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen: die Herren Aronheim, Leiste und Uebe. Abwesend ohne Entschuldigung war Herr Kahler.

Nachdem der Vorsitzende, Herr Landyndicus Desterreich, die Sitzung eröffnet hatte, wurde der nicht veröffentlichte Theil des Sitzungsprotokolls vom 4. Juni d. J. verlesen, und das ganze genehmigt, auch auf den Bericht des Herrn Vorsitzenden die beantragte Verwilligung der üblichen Unterstützungen zur Auswanderung zweier Corrigenden nach Amerika ertheilt.

Zunächst berichtete darauf

I. Herr Bode namens der Schulcommission über ein Magistrats Schreiben vom 25. Juli d. J., die Errichtung einer höhern Töcherschule betreffend. Dasselbe enthält fernere Mittheilungen über die von dem mit der Abgabe eines Gutachtens beauftragten Schuldirector Friedrichs als angemessen bezeichneten Einrichtungen. Nach dem Berichte des Herrn Referenten stimmen die Vorschläge im Wesentlichen mit den von der Versammlung gutgeheissenen Grundzügen überein. Nur hat sich, da die neue Schule sich aus der früher Pottschen Töcherschule entwickelt, und daher ein Uebergangszustand nothwendig ist, die sofortige Einrichtung der sieben projectirten Klassen nicht thun lassen; man wird vielmehr neben den bereits bestehenden Klassen für's Erste nur eine fünfte einrichten. Ausserdem wird die Leitung der Schule nicht, wie beabsichtigt war, einem eigenen Schul-Inspector übertragen; sie wird vielmehr versuchsweise von dem Schuldirector Friedrichs selbst übernommen werden. Durch diese Abweichungen von dem ursprünglichen Plane, gestaltet sich denn auch der Kostenpunkt bedeutend günstiger. Nach dem Anschlage würde der, zum weitaus größten Theile durch die Schulgelder zu deckende, jährliche Bedarf der Schule sich auf nur 3373  $\text{fl}$  belaufen.

Herr Bode sprach sich in allen Punkten günstig über die vorgeschlagenen Einrichtungen aus, worauf die Versammlung dem im Schreiben enthaltenen Antrage gemäß, sich mit den in demselben bezeichneten provisorischen Abweichungen des Schulplanes einverstanden erklärte und die Uebernahme des geforderten Jahresbedarfs für das Quartal von Michaelis bis Weihnachten d. J. auf den städtischen Schulcassen-Etat genehmigte.

Auf den Vortrag des Referenten der Finanz-Commission, Herrn Tüdel, erklärte sich die Versammlung

II. damit einverstanden, daß

1) dem bisher an der Bürgerschule westlichen Bezirks beschäftigt gewesenen

Zeichenenlehrers Ehlers von Zeit seines Ausscheidens aus seinem Lehramte, an, eine jährliche Pension von 60  $\mathfrak{R}$ , und

2) der an derselben Schule seit 26 Jahren beschäftigt gewesenem Lehrerin Louise Rohde von Michaelis d. J. an eine Pension von 30  $\mathfrak{R}$  jährlich aus der Gemeinde-Schulcasse gezahlt werde,

und genehmigte, auf den für die Schul-Commission durch Herrn Grass abgestatteten Bericht,

III. daß dem Schul-Inspector Schünemann vom 1. April d. J. an eine in quartaligen Raten postnumerando zu zahlende persönliche Gratification von 100  $\mathfrak{R}$  jährlich so lange bewilligt werde, als derselbe seine jetzige dienstliche Stellung bekleiden würde.

IV. Nach einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 26. Juli d. J. wird der Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Alterthums-Vereine in der dritten Woche des Septembers d. J. in Braunschweig seine General-Versammlung halten. Obwohl dieser Verein von vornherein jedes von der Stadt bei dieser Gelegenheit zu bringende pekuniäre Opfer abgelehnt hat, so hält es der Stadtmagistrat doch für eine Ehrensache der Stadt, wie so vielen anderen Wanderversammlungen, so auch diesem, rein wissenschaftliche Zwecke verfolgenden Vereine eine angemessene Aufnahme zu gewähren, wie denn auch die Herzogliche Landesregierung neben freien Fahrten auf der Eisenbahn nach Wolfenbüttel und Helmstedt zu diesem Zwecke 500  $\mathfrak{R}$  verwilligt hat. Der Magistrat beantragt nun, ihm eine gleiche Summe zur Disposition zu stellen, welche vorzüglich dazu verwendet werden soll, das Altstadt-Rathhaus zu den abendlichen Versammlungen der Vereins-Mitglieder einrichten und einmal mit bengalischen Feuer beleuchten zu lassen, außerdem aber den Vereinsmitgliedern ein Exemplar des bei dem städtischen Jubiläum publicirten Urkundenbuchs oder der Geschichte von Braunschweig von Dr. Dürre als Geschenk zu überreichen.

Herr F ü d e l erklärte sich namens der Finanz-Commission mit dieser Proposition vollkommen einverstanden, und die Versammlung ertheilte derselben ohne Debatte ihre Zustimmung.

Sodann berichtete

V. Herr R e u t e r im Auftrage der für die Gas-Angelegenheit besonders niedergesetzten Commission über ein Magistrats-Schreiben vom 29. April d. J., die Herabsetzung des Gaspreises betreffend.

Nach demselben hat die Direction der hiesigen Gasbeleuchtungs-Gesellschaft die Anzeige gemacht, daß sich der Gasverbrauch der Privaten in dem mit dem 30. Juni d. J. schließenden Rechnungsjahre auf über 10 Millionen Cubikfuß fürs Jahr gehoben habe, daß mithin dem §. 23 des Contractes gemäß der bisherige Preis von 4  $\mathfrak{R}$  für 1000 Cubikfuß einer zu vereinbarenden Herabsetzung werde unterliegen müssen, zugleich aber erklärt, daß sie den Gaspreis nicht weiter, als auf 3  $\mathfrak{R}$  20  $\mathfrak{g}$  für 1000 Cubikfuß, herabsetzen könne. Obwohl nun der Magistrat eine größere Ermäßigung im Interesse des Publicums gern gesehen hätte, so giebt er doch die Genehmigung des gestellten Anerbietens anheim, da es nicht zu verkennen sei, daß der noch etwa zu erwartende Mehrconsum der Privaten nicht leicht im Stande sein werde, den schon durch die offerirte Preisermäßigung entstehenden zwischen 3 und 4000  $\mathfrak{R}$  jährlich betragenden Ausfall in den Einnahmen der Gesellschaft zu decken, und die dringend nothwendige und noch im Laufe dieses Jahres vorzunehmende Erweiterung des Dfenhauses der Gesellschaft einen Kostenaufwand von 8 bis 10000  $\mathfrak{R}$  verursachen werde. Der Magistrat erklärt es aber ferner für zweckmäßig, gleich bei dieser Gelegenheit Vereinbarungen mit der Gesellschaft über die Frage zu treffen, unter welchen



Voraussetzungen eine fernerweite Herabsetzung des Gaspreises für die Privatconsumenten eintreten solle.

Mit Rücksicht darauf, daß nach allseitigem Zugeständniß ein Preis von 3  $\text{P}$  für 1000 Cubikfuß, für das hier fabricirte Gas ein durchaus angemessener und selbst billiger sei, und daß ein allmählicher Uebergang zu diesem Minimum aus manchen Gründen zweckmäßiger sei, als eine plötzliche Herabsetzung, wird daher ferner beantragt:

den Stadtmagistrat zu ermächtigen, mit dem Directorium der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft eine Nachtragsbestimmung zu dem Gasbeleuchtungs-Contracte dahin zu vereinbaren, daß der von den Privatabnehmern zu zahlende Gaspreis

- 1) von da ab, wo der Consum der Privaten das Quantum von 12 Millionen Cubikfuß für's Jahr überschritten haben wird, auf 3  $\text{P}$  10  $\%$  für 1000 Cubikfuß,
- 2) von da ab, wo dieser Consum das Quantum von 14 Millionen Cubikfuß für's Jahr überschritten haben wird, auf 3  $\text{P}$  pro 1000 Cubikfuß herabgesetzt werde.

Die Commission hat nun diesen Anträgen nicht vollständig beistimmen können, indem sie eine größere Ermäßigung des Gaspreises schon jetzt für möglich hält. Herr Reuter führte in dieser Beziehung an, daß schon die von der Gesellschaft angeführten und vom Magistrate, wie es scheine, als richtig zugestandenen Gründe nicht überzeugend seien, weil sie einen Widerspruch enthielten. Denn weshalb die große Ausgabe für die Erweiterung der Anlage, wenn man in der That auf eine erhebliche Steigerung des Privatconsums nicht mehr rechnen könne? Ferner komme die 3333  $\frac{1}{3}$   $\text{P}$  betragende jährliche Minder-Einnahme nicht so sehr in Betracht, wenn man bedenke, daß bis zu dem Tage der Herabsetzung die Gesellschaft bei der allmählichen Zunahme des Privatconsums bis auf 10 Millionen Cubikfuß in den letzten Jahren eine in gleichem Verhältniß immer steigende Einnahme noch nach dem alten Preise von 4  $\text{P}$  gehabt habe, und wenn auch der Commission detaillirte Nachweise über die Einnahmen und Ausgaben der Gesellschaft nicht zu Gebote gestanden hätten, so lasse sich doch aus den bekannt gewordenen Abschlüssen so viel entnehmen, daß schon bei einem Privat-Consum von 7 Millionen Cubikfuß eine Dividende von 10 Procent und mehr hätte gezahlt werden können, so daß bei einem Consum von 10 Millionen zu 4  $\text{P}$  für 1000 Cubikfuß eine Dividende von mehr als 14 Procent erzielt sein müsse. Eine möglichst erhebliche Preisermäßigung sei aber um so wünschenswerther als die jetzt fabricirten billigen Beleuchtungsstoffe (Solaröl) dem Gase bedeutende Concurrenz machen würden, wenn dessen Preis nicht billiger werde. Sehr wesentlich endlich sei aber der Umstand, daß der Nachtrag zu dem Vertrage auch schon dann eine Ermäßigung des Gaspreises in Aussicht stelle, wenn die Kohlenpreise sich um 20 Procent würden verringert haben, und daß daher, da Letzteres seit einiger Zeit in Folge der Tarif-Ermäßigungen eingetreten, nunmehr ein doppelter Grund zur Herabsetzung des Gaspreises vorliege.

Die Commission habe sich daher zu folgendem Antrage geeinigt: die Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, seinerseits auf das Schreiben der Direction der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft als das Minimum der Herabsetzung des Gaspreises eine solche von 20  $\%$  zu proponiren und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln anzustreben, sowie ferner den betreffenden Nachtrag zu dem Contracte vom 15. Juni 1860 dahin zu vereinbaren, daß solcher laute:

»der Preis des Gases wird vom 1. Juli d. J. an auf 3  $\frac{1}{3}$   $\text{P}$  pro 1000 Cubikfuß festgestellt. Sobald der Privatconsum 12 Millionen Cubikfuß

beträgt, wird der Preis auf 3  $\text{P}$  ermäßigt. Bei einer Vermehrung des Privatconsums auf 14 Millionen Cubikfuß wird die entsprechende Feststellung des Preises einer weiteren Vereinbarung vorbehalten.

Der Herr Referent bemerkte schließlich, daß in Bremen, auf dessen hohen Gaspreis früher Bezug genommen sei, der Preis schon längst auf  $2\frac{1}{2}$   $\text{P}$  sei ermäßigt worden, obgleich dort noch wie früher Patentgas fabricirt werde.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkt hatte, daß auch der Magistrat die von der Commission beabsichtigte erheblichere Herabsetzung sehr wünschenswerth finde und bei den Verhandlungen auf ihre Realisirung hinzuwirken suchen werde, führte Herr Häusler aus, daß der Angelpunkt der obschwebenden Differenzen der sei, daß die Commission im Widerstreite mit der Anschauung der Gesellschaft der Ueberzeugung sei, daß schon bei einem Gaspreise von  $3\frac{1}{3}$   $\text{P}$  den Actionären eine angemessene Dividende würde gezahlt werden können. Für die Entscheidung dieser Frage sei aber eine specielle Einsicht der Bilanzen und Betriebsrechnungen der Gesellschaft durchaus nothwendig, und werde diese der Magistrat auf Grund des Contracts durch seinen Commissair fordern können, weshalb er beantrage:

den Stadtmagistrat zu eruchen, sich in dieser Beziehung die erforderlichen Aufschlüsse ertheilen zu lassen, um solche den ferneren Verhandlungen und den Berathungen mit der Commission zum Grunde zu legen.

Der Herr Vorsitzende erwiederte darauf, daß dem betreffenden Magistrats-Commissair schon vermöge seiner Stellung in der Direction alle erforderlichen Aufschlüsse zugänglich seien, daß aber bei der Prüfung der Frage, eine wie hohe Dividende angemessen erscheine, denn doch sehr wohl berücksichtigt werden müsse, daß die Actionäre nach dem in 14 Jahren bevorstehenden Ablaufe des Contracts sich auf eine Expropriation gefaßt machen müßten, mithin keinerlei Sicherheit darüber bestche, ob dieselben demaleinst auf Erstattung des vollen Anlage-Capitals würden rechnen können.

Herr Oberbürgermeister Caspari, welcher die Wichtigkeit des vom Herrn Vorsitzenden bezeichneten Punktes zugab, hielt eine Beseitigung dieser Schwierigkeit für möglich, wenn die Stadt den Actionären ohne Weiteres für den Fall der Expropriation das volle Anlage-Capital zu 129,000  $\text{P}$  garantire, und Herr Reuter, welcher letztern Vorschlag als etwas gefährlich bezeichnete, da man die Instandhaltung des Inventars ic. nicht genügend werde controlliren können, empfahl die Lösung in der Weise, daß die Stadt die ganze Anstalt schon jetzt übernehmen und den Actionären für die noch laufenden Contractsjahre bis zur Rückzahlung des Capitals eine Dividende von 10 Procent zusichern möge.

Diese Vorschläge wurden bei der über sie stattfindenden Besprechung, an der noch die Herren Grass, Häusler und Fiedel Theil nahmen, als Material für die bevorstehenden Verhandlungen dem Stadtmagistrate zur Berücksichtigung empfohlen.

Auf eine Anfrage des Herrn Grass sprach sich Herr Reuter über die jetzige Qualität des Gases dahin aus, daß solche den contractlichen Verpflichtungen der Gesellschaft entspreche, und der Herr Vorsitzende erwiederte auf eine andere Anfrage des Herrn Nieß, daß nach den ihm zugegangenen Mittheilungen bis zur definitiven Regelung der Frage die Rechnungen der Gas-Gesellschaft in Gemäßheit der von derselben vorgeschlagenen Ermäßigung auf  $3\frac{2}{3}$   $\text{P}$  für 1000 Cubikfuß ausgestellt werden würden.

Hierauf genehmigte die Versammlung die Anträge der Commission und des Herrn Häusler, und beschästigte sich schließlich

in vertraulicher Sitzung  
mit der Berathung von Wohnorts-Angelegenheiten.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 1. October 1863.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen: die Herren Bartels, Graß, Häußler, Kellner, Mattenklott und Uebe.

Zunächst hieß der Vorsitzende, Herr Landsyndicus Desterreich, den in der heutigen Sitzung erschienenen, an die Stelle des verstorbenen Kaufmanns Theodor Degener zum Stadtverordneten gewählten Herrn Buchhändler Heinrich Wieweg namens der Versammlung willkommen und berichtete sodann

I. über seine und des Herrn Stadtrath Rittmeyer Mission nach Leipzig behuf Theilnahme an der Verathung und Feststellung des Programms für die Gedenkfeier der funfzigjährigen Wiederkehr der Leipziger Völkerschlacht.

Diese Versammlung, welche von 30 Städten durch etwa 60 Abgeordnete beschiedt gewesen, während von noch anderen Städten Zustimmung=Adressen eingegangen seien, habe den vorgelegten Fest-Entwurf umgearbeitet und so festgestellt, wie er bereits durch die Zeitungen zur allgemeinen Kunde gelangt sei. Es handle sich nun einmal darum, ob man bei dem vorläufig gefaßten Beschlusse der Betheiligung an dem Feste beharren wolle, und dann, eventuell, um die Wahl von zwei zu demselben abzuordnenden Deputirten.

Der Herr Vorsitzende verlas nunmehr das festgestellte Programm, begleitete es mit erläuternden Bemerkungen und sprach die Ueberzeugung aus, daß die Versammlung die Theilnahme an dem wahrhaft nationalen Feste nicht wohl ablehnen dürfe, und daß auch die Kostenfrage nicht bedenklich erscheine, da bei der Betheiligung so vieler und großer Städte, und da die Stadt Leipzig einen sehr erheblichen Theil der Gesamtkosten übernommen habe, nur ein verhältnißmäßig unbedeutender Betrag unsre Stadt treffen würde.

Die Herren Bantler und Nieß erklärten ihre vollste Zustimmung zu diesem Vortrage, und der Herr Vorsitzende erwiderte noch auf eine Anfrage des Letztern, daß man bei Feststellung der Programms wegen der voraussichtlich zu großen Kosten davon habe absehen müssen, aus der gemeinschaftlichen Kasse der sich betheiligenden Städte den eingeladenen Invaliden freie Reise zu gewähren, daß aber eine Ermäßigung der Fahrpreise auf den Eisenbahnen für dieselben in Aussicht stehe, und daß

man geglaubt habe, die Unterstützung bedürftiger alter Krieger den einzelnen Communen überlassen zu dürfen.

Die Versammlung genehmigte hierauf die Betheiligung der Stadt an dem Feste, in der von der vorberathenden Versammlung vorgeschlagenen Maaße, einhellig und wählte auf Vorschlag des Herrn Südel durch Acclamation zu ihren Deputirten den Herrn Vorsitzenden und den Stellvertreter desselben, Herrn Häusler.

Auf den Antrag des Herrn Stadtraths Rittmeyer wurde ferner dem Stadtmagistrate ein Credit bis zu 100  $\text{fl}$  bewilligt, zum Zweck der Erstattung der Reisekosten zum Festorte an solche bedürftige alte Krieger, welche an der Schlacht bei Leipzig Theil genommen haben.

II. Es folgte die Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 30. Juli d. J. Dasselbe wurde, nachdem Herr Reuter berichtet hatte, daß er das Referat ad V. des gedruckten Protokolls namens der Finanz-Commission, als der Commission, welcher auch die Gas-Angelegenheiten überwiesen seien, abgestattet habe, genehmigt.

Es wurden ferner

III. behuf Ermöglichung der Auswanderung von zwei in der Besserungs-Anstalt zu BERN detinirten Personen, die üblichen Unterstützungen bewilligt, worauf

IV. Herr Südel für die Finanz-Commission Bericht erstattete über eine Proposition des Stadtmagistrats vom 5. September d. J., die anderweite Verpachtung der zum Weinhandel u. benutzten Lokalitäten des Altstadt-Rathhauses betreffend.

Nach dem Schreiben läuft der mit den Weinhändlern Rittmeyer und v. Seckendorf über die fraglichen Lokalitäten abgeschlossene Contract am 1. Mai 1864 ab, und haben sich die genannten Pächter zur Fortsetzung des Pachtverhältnisses bereit erklärt, jedoch um eine Ermäßigung des Pachtgeldes von 869  $\text{fl}$  auf die Summe von 750  $\text{fl}$  nachgesucht und den Wunsch ausgesprochen, den Contract nicht wieder auf eine längere Reihe von Jahren abzuschließen, sondern ihn auf die Zeit zu beschränken, bis daß die beabsichtigten Aenderungen in den hiesigen Gewerbs-Verhältnissen eintreten würden. Der Stadtmagistrat hat sich auch von der Driftigkeit der von den Pächtern hierfür angeführten Gründe überzeugt und giebt daher, umso mehr, als der Versuch, die von dem frühern Weinhändler Görig ausgeübte Weinschantz-Gerechtigkeit anderweit zu verwerthen, ein sehr ungünstiges Resultat ergeben, und auch die Weinhändler Pappée & Bischoff eine Ermäßigung der Pacht verlangt und erreicht haben, anheim:

sich damit einverstanden zu erklären, daß der zwischen der hiesigen Stadt und den Weinhändlern Rittmeyer und v. Seckendorf rüchichtlich des Weinkellers im Altstadt-Rathhause bestehende Contract, unter den bisherigen Bedingungen, nur mit Ermäßigung des Miethgeldes von 869  $\text{fl}$  auf 750  $\text{fl}$ , vom 1. Mai 1864 an bis zu dem vorgedachten Zeitpunkt oder vorerst etwa bis zum 1. Mai 1865 verlängert werde.

Die Commission hat sich mit dem Antrage einverstanden erklärt. Auch Herr Grund sprach die Ueberzeugung aus, daß bei einer öffentlichen Verpachtung der fraglichen Lokalitäten kein günstigeres Ergebnis zu erreichen sein werde, und die Versammlung genehmigte die Proposition.

Gleichfalls Herr Südel referirte dann



V. für dieselbe Commission über ein Magistrats-Schreiben vom 20. September d. J. den Verkauf des ältern, auf der Reichenstraße gelegenen Volksschul-Gebäudes betreffend.

Bei dem stattgehabten öffentlichen Verkaufe desselben hat der Gastwirth Brunke das Meistgebot mit 7000  $\mathcal{F}$  behalten. Der Käufer hat nun darauf angetragen, daß die Stadt sich mit einer Abtragung von 2000  $\mathcal{F}$  begnügen und 5000  $\mathcal{F}$  gegen Verzinsung zu 4 pCt. zur ersten Hypothek an dem Grundstücke stehen lassen möge, da er, wenn gleich in der Lage, ein Mehreres abtragen zu können, doch jetzt nicht mehr zu zahlen wünsche, weil er zum Ausbau des Hauses bedeutende Verwendungen machen müsse. Der Stadt-Magistrat, auf das Gutachten des Stadt-Baumeisters gestützt, hat den Preis für sehr annehmbar und das Stehenbleiben einer Hypothek von 5000  $\mathcal{F}$  für ungefährlich erklärt, hält jedoch jährliche Abschlagszahlungen für wünschenswerth und giebt daher anheim,

die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß dem Gastwirth Brunke der Zuschlag für das abgegebene Meistgebot von 7000  $\mathcal{F}$  ertheilt werde, sowie damit, daß derselbe bei der Verlassung des Hauses nur 2000  $\mathcal{F}$  abtrage, der Rest zu 5000  $\mathcal{F}$  aber gegen Verzinsung mit 4 Prozent zur ersten Hypothek stehen bleibe, wenn derselbe sich verpflichte, auf Aufforderung jährlich 50  $\mathcal{F}$  auf das Kapital abzutragen.

Da übrigens zum Baue des neuen Schulhauses 5500  $\mathcal{F}$  aus der Currenden-Kasse angeliehen seien, und es zur Vereinfachung der Rechnung diene, wenn diese Schuld mit jener Forderung ausgeglichen werde, so wird ferner darauf angetragen: den Stadt-Magistrat zu ermächtigen, die an dem verkauften Hause stehende Forderung der Currenden-Kasse in Compensation gegen deren Forderung an die Stadtkasse zu cediren, den Rest mit 500  $\mathcal{F}$  aber aus der Stadtkasse baar zu bezahlen.

Die Commission ist einverstanden, spricht jedoch den Wunsch aus, daß statt der jährlichen Abschlagszahlung von 50  $\mathcal{F}$  eine solche von 100  $\mathcal{F}$  stipulirt werde. Nachdem Herr Nieß aus eigener Kunde bestätigt hatte, daß in dem fraglichen Gebäude viele Reparaturen erforderlich seien, sprach die Versammlung ihre Zustimmung zu der Vorlage aus und empfahl die Bemerkung der Commission dem Magistrate zur Erwägung.

VI. Herr Aronheim referirte hierauf für die Statuten-Commission über ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 3. September d. J., die Anstellung von öffentlichen Krankenwärterinnen betreffend.

Nach diesem Berichte ist bereits im Jahre 1830 das Institut öffentlicher Krankenpflegerinnen für die hiesige Stadt ins Leben getreten, indem damals mehrere Frauenzimmer durch Unterricht zu den Functionen derselben vorgebildet und nach geschehener Prüfung angestellt und beeidigt worden sind. Doch ist diese Einrichtung nicht von langer Dauer gewesen, da sich insbesondere neue Aspirantinnen nicht gefunden haben, weil sie die für ihren Unterricht im Hospitale entstehenden Kosten hatten selbst tragen müssen. Auf Anregung eines Beschlusses der Stadtverordneten vom 16. December 1854 haben nun aber erneute Verhandlungen stattgefunden, und der Stadt-Magistrat legt als Ergebnis derselben der Versammlung nunmehr von der Herzogl. Polizeidirection unter Zuziehung des Stadtphysikus Dr. med. Scheller aufgestellte Bedingungen für die Annahme von städtischen Krankenwärterinnen in Braunschweig

zur Begutachtung vor. Der Stadt-Magistrat selbst findet gegen dieselben nichts zu erinnern und giebt der Versammlung namentlich Beschlussfassung darüber anheim, ob die in den Bedingungen den drei besten Krankenwärterinnen zugesagten Prämien von jährlich 5—10  $\text{fl}$  und die für die Zeit des Unterrichtes im Krankenhause den Krankenwärterinnen, in geeigneten Fällen, in Aussicht gestellten Vergütungen von monatlich 5  $\text{fl}$  auf die Stadtkasse übernommen werden sollen.

Mit dem Bemerken, daß die Commission sich mit der Proposition im Ganzen einverstanden erklärt habe, verlas Herr Aronheim die aufgestellten Bedingungen und begleitete sie mit Erläuterungen. Jedoch hält die Commission folgende sechs Punkte für wesentliche Verbesserungen des Entwurfs und beantragt, solche dem Stadt-Magistrate zur Berücksichtigung bei der endlichen Feststellung der Bedingungen zu empfehlen.

1. Nach § 5. sollen die Krankenwärterinnen sich nach Erfüllung ihrer Obliegenheiten in jedem einzelnen Falle, eine Bescheinigung in ihr Zeugnißbuch eintragen lassen, welche entweder vom Kranken resp. den Angehörigen desselben selbst, oder dem behandelnden Arzte auszustellen ist. Die Commission schlägt vor, die Bestimmung zu treffen, daß dieses Zeugniß sowohl vom Kranken resp. den Angehörigen desselben als auch vom behandelnden Arzte ertheilt werde.

2. Sie empfiehlt ferner die Aufnahme der im alten Reglement sich findenden Bestimmung, daß die Krankenwärterinnen zu verpflichten seien, die Wartung aller Kranken ohne Ansehen der Person und des Krankheitsfalles zu übernehmen, sowie

3. daß die Polizei das Recht habe, auf Verlangen eine der Krankenwärterinnen, etwa nach einem bestimmten Turnus, zu überweisen.

Sie hält sodann

4. die Beeidigung derselben auf ihre Dienst-Obliegenheiten für erforderlich, wie solches auch in dem ältern Reglement vorgeschrieben war.

5. Wünschenswerth sei ferner die Vorschrift, daß die Krankenwärterinnen beim Tode solcher von ihnen Verpflegter, welche allein ständen, sofort der Polizei resp. dem betreffenden Gerichte Anzeige zu machen hätten, damit Vorsorge zum Schutze des Nachlasses getroffen werden könne.

6. Endlich schlägt die Commission vor, die Befugniß der die Aufsicht führenden Polizeibehörde: durch Admonitionen, Strafen und schließlich durch Androhung der Dienstentlassung die Krankenwärterinnen zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten anzuhalten, in das Reglement ausdrücklich aufzunehmen.

Die Versammlung erklärte sich mit diesem Vortrage einverstanden und genehmigte die Vorlage, indem sie zugleich dem Stadt-Magistrate die Commissions-Vorschläge zur Berücksichtigung empfahl.

Herr Aronheim stellte ferner

VII. den selbstständigen Antrag:

die städtischen Behörden möchten dahin wirken, daß eine besondere, der Herzogl. Polizeidirektion zu übertragende, Aufsicht über die Pflegerinnen unehelicher Kinder in hiesiger Stadt eingerichtet werde, und versprach der Herr Vorsitzende diesen Antrag auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Schließlich beschäftigte sich die Versammlung

VIII. in vertraulicher Sitzung, mit einer Anzahl neu eingegangener Gesuche um Ertheilung des Wohnortsrechts.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 5. November 1863.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Bartels, Flägge, Graß und Südel.

Nach Eröffnung der Sitzung wurde der noch nicht publicirte Theil des Protokolls der Sitzung vom 1. October d. J. verlesen, und das ganze Protokoll genehmigt. Der Vorsitzende, Herr Landsyndicus Desterreich, machte sodann Mittheilung aus einem Magistratschreiben vom 9. October d. J., in welchem die Uebnahme derjenigen Kosten, welche die hiesige Feier des 18. Octobers veranlassen werde, auf die Stadtcasse bis zu einem Betrage von 300  $\mathfrak{f}$  beantragt wird, bemerkte, daß er, da die Mitglieder der Finanz-Commission ihre Zustimmung erklärt hätten, die Berufung einer Stadtverordneten-Versammlung bloß dieser Proposition wegen nicht für nöthig erachtet habe, und gab die nachträgliche Genehmigung anheim, welche denn auch von der Versammlung ertheilt wurde.

Der Herr Vorsitzende erklärte ferner, daß es eines Berichtes der städtischen Abgeordneten über ihre Mission nach Leipzig nicht weiter bedürfen werde, da die Zeitungen hinreichende Mittheilungen gebracht hätten, und daß hinsichtlich der beabsichtigten Gründung eines Städtetages die Bemerkung genügen werde, daß man zur Entwerfung des Programms eine Commission niedergesetzt habe, in welcher übrigens die Stadt Braunschweig nicht vertreten sei.

Die Versammlung ging hierauf zur Tagesordnung über.

Herr Bauler berichtete für die Finanz-Commission über ein Magistratschreiben vom 28. September d. J., die Ausführung der Feldmarks-Beschreibung der Stadt Braunschweig betreffend. Nach demselben hat sich herausgestellt, daß die im §. 28 des Statuts vom 20. November 1851, die Verwaltung der Weichbildsgemeinden und Feldmarks-Interessenschaften in der Stadt Braunschweig betreffend, angeordnete Grenzbeschreibung ohne Zugrundelegung einer genauen Karte unmöglich auszuführen sei. Durch Vermittelung der Herzogl. Landes-Oekonomie-Commission ist diese Karte denn nun auch in 20 Blatt und einer Uebersichts-Karte von dem Registrator Münich ausgearbeitet, und da es sachgemäß sein würde, dem mit der Sache am Besten

vertrauten Verfasser der Karte auch die Vorfertigung der Gränzbeschreibung selbst zu übertragen, so wird beantragt:

die von demselben für die Zeichnung der Karte liquidirte Summe von 156  $\text{fl.}$  zu bewilligen und den Stadtmagistrat zu ermächtigen, den Registrator Münich gleichfalls mit der Anfertigung der Gränzbeschreibung zu beauftragen, und ihm diejenige Remuneration dafür zu zahlen, welche Herzogliche Landes-Deconomie-Commission für angemessen halten werde.

Die Commission hat sich einverstanden erklärt, und die Versammlung genehmigte die Proposition ohne Debatte.

Ferner referirte Herr Bautler:

II. gleichfalls für die Finanz-Commission über ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 18. September d. J. Dasselbe erwähnt zunächst der in Folge eines früheren Beschlusses getroffenen Bestimmung, nach welcher der Betriebsfonds der Stadt-Casse auf 30,000  $\text{fl.}$  festgesetzt ist, und über die Verwendung eines bei dem Jahres-Abschlusse etwa verbleibenden größeren Cassenbestandes jedesmal Vorschläge zur Genehmigung vorgelegt werden sollen. Nach dem Abschlusse für das Jahr 1862 hat sich nun ein Cassenvorrath von 48,705  $\text{fl.}$  16  $\text{gr.}$  5  $\text{d.}$  herausgestellt, welcher sich inzwischen nach Abzug der zur Bestreitung der Schulbaukosten von der Currende-Casse vorgeliehenen 5500  $\text{fl.}$  auf 43,205  $\text{fl.}$  16  $\text{gr.}$  5  $\text{d.}$  vermindert. Da jedoch wegen der Kosten des Baues der beiden Schulhäuser für die Volksschulen, welcher erst in diesem Jahre vollendet werde, und für den diesjährigen Etat nur 3000  $\text{fl.}$  ausgesetzt seien, während von dem Voranschlage zu 32,025  $\text{fl.}$  erst 15,917  $\text{fl.}$  berichtigt worden, auf die Ueberschüsse aus dem Vorjahre zurückzugreifen sein möchte, so wird, unter der ausdrücklichen Versicherung, daß der Stadtmagistrat ohne die Genehmigung der Versammlung von dem gebliebenen Cassenbestande keine, dem Stamm-Vermögen der Stadt zuwachsende Capitalien ausleihen werde, beantragt:

über denselben für jetzt überall keine Bestimmung zu treffen, denselben vielmehr in die diesjährige Rechnung ohne Weiteres übertragen zu lassen.

Nach dem Berichte des Herrn Bautler empfiehlt die Commission in besonderer Berücksichtigung der vom Magistrat gegebenen Zusicherung die Annahme der Proposition, deren Zweckmäßigkeit sich nicht bestreiten lasse.

Herr Häusler rügte dagegen das Verfahren der Commission, indem es ungeeignet erscheine, schon vor der Revision und Abnahme der Rechnung, und ohne daß daher der Cassenvorrath festgestellt sei, über den Ueberschuß zu verfügen.

Der Herr Vorsitzende, Herr Uhde und Herr Oberbürgermeister Caspari vertheidigten indessen die Proposition als unbedenklich, indem sie anführten, daß ein nothwendiger Zusammenhang zwischen der Verwendung des Ueberschusses und der Feststellung der Rechnung um so weniger vorliege, als der Antrag gerade darauf gerichtet sei, die Verfügung über den erstern auszusetzen; daß die angegebenen Zahlen mit den Rechnungen, welche jetzt bei den Mitgliedern der Finanzcommission circulirten, vollständig übereinstimmten, und daß eine Abänderung derselben durch etwaige Restituenda nach den bisher gemachten Erfahrungen von keiner Erheblichkeit sein möchte; daß ferner eine Verwendung des Ueberschusses für die fraglichen Baukosten schon jetzt unthunlich sei, weil die die Bauten betreffenden Rechnungen erst im nächsten Frühjahr würden abgeschlossen werden können; sowie endlich, daß durch die vom Magistrate ertheilte Zusicherung die Rechte



der Versammlung auf Theilnahme an der schließlichen Entscheidung über den Ueber-  
schuß vollständig gewahrt seien.

Die Versammlung ertheilte hierauf ihre Zustimmung zu der Vorlage und genehmigte

III. wieder auf den Bericht des Herrn B a u t l e r die in einem Magistratschreiben vom 29. October d. J. beantragte Verwilligung der üblichen Extraordinarien an die Hilfs- und Unterbeamten des Stadtmagistrats und der Armendirection von resp. 20  $\text{fl}$  für die Verheiratheten und von 10  $\text{fl}$  für die Unverheiratheten.

IV. Nach einem ferneren Magistratschreiben vom 28. September d. J. ist jetzt, da nach §. 3 des Statuts, die Aufbringung der Kosten der Einrichtung und Unterhaltung einer allgemeinen Wasserleitung betreffend, zur Bestreitung derselben zunächst von den Hauseigenthümern ein Drittel der Abgabe an Service und Proviantgeld erhoben werden soll, die Frage zu entscheiden, von welchem Zeitpunkte an dieser Beitrag der Hauseigenthümer zu erheben ist. Da es nun nicht billig erscheine, denselben schon zu entnehmen, bevor die Wasserkunst ihre Thätigkeit begonnen habe, und da dieser Zeitpunkt, wenn er auch wahrscheinlich schon nächste Johannis eintreten werde, sich doch nicht mit voller Bestimmtheit festsetzen lasse, so wird anheim gegeben:

sich damit einverstanden zu erklären, daß die Erhebung jenes Zuschlages zu dem Service für dieses und das folgende Jahr noch unterbleibe, und die durch die Wasserkunst entstehenden Kosten, soweit selbige nicht durch die von den Consumenten zu zahlenden Vergütungen ihre Deckung erhielten, ganz auf die Stadtcasse übernommen würden, oder falls dieses im Interesse der Stadtcasse für bedenklich gehalten werde, zu genehmigen:

daß die Erhebung für das laufende Jahr unterbleibe, für das Jahr 1864 aber nur zur Hälfte des statutarischen Beitrages geschehe, und die Mehrausgabe auf die Stadtcasse übernommen werde.

Die Statuten-Commission, für welche der Herr Vorsitzende berichtete, empfahl jedoch: da aus den Bestimmungen der §§. 1—5 des Statutes unzweideutig hervorgehe, daß eine Einhebung von Beiträgen der Hausbesitzer zur Deckung der Kosten der ersten Einrichtung der Wasserleitung überall nicht, und zur Deckung der Betriebs- und Unterhaltungskosten erst nach dem Schlusse der ersten Betriebs-Rechnung, insofern zur Deckung dieser Kosten einschließlich der Ausgaben für Verzinsung und Amortisation des Anlage-Capitals überall ein Zuschuß zu leisten sei, eintreten könne:

dem Stadtmagistrate zu erklären, daß überall in Folge jener Bestimmungen des Statuts der Zeitpunkt, zu welchem mit Einhebung der bezeichneten Beiträge der Hauseigenthümer zu beginnen sei, zur Zeit nicht könne absolut festgestellt werden.

Die Versammlung trat diesem Antrage ohne Weiteres bei.

V. In einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 28. October d. J., die Vertheilung und Veranlagung des für die hiesige Gemeinde bestimmten Salzquantums auf die einzelnen Bewohner betreffend, wird mit dem Bemerken, daß in dem Verhältnisse der hiesigen Einwohnerzahl zu dem von der Commune zu entnehmenden Salzquantum seit der letzten Vertheilung wesentliche Veränderungen nicht eingetreten seien, und daß eine Herabsetzung des pro Kopf veranlagten Salzquantums nicht rath-

sam erscheine, schon weil die von den hiesigen Knochenhauern und Schweinefleischlächtern für ihre Gewerbe zu entnehmenden Salzquantia geringer als früher hätten veranlagt werden müssen, beantragt:

daß das Salzabnahme-Quantum für das Jahr 1864 wiederum auf 10 U pro Kopf der hiesigen Einwohner veranlagt werde; was die Versammlung auf den zustimmenden Bericht, welchen Herr Kloss für die betreffende Commission abstattete, genehmigte.

Sodann theilte

VI. Herr Reuter namens der wegen Untersuchung des hiesigen Feuerlöschwesens eingesetzten Commission mit, daß dieselbe Vorschläge wegen Reorganisation des hiesigen Lösch- und Rettungsvereins erst dann für zweckmäßig halte, wenn die neue Wasserleitung ins Leben getreten sein werde, und die Versammlung beschloß die einstweilige Aussetzung dieser Angelegenheit. — Hierauf begründete

VII. Herr Kronheim seinen Antrag, welcher die obrigkeitliche Beaufsichtigung der Pflegerinnen unehelicher Kinder empfiehlt. Derselbe erwähnte die erschreckend große Anzahl von Todesfällen solcher Kinder in ihrem frühesten Alter, die sich nur aus der mangelhaften Verpflegung derselben erklären lasse, und wenn man berücksichtige, daß die Liebe, welche den ehelichen Kindern, in der Familie zugewandt werde, den unehelichen Eltern oft fehle, diese nur eine Last in ihnen sähen, oder doch, um sich und die Kinder zu erhalten, zu einer Trennung von ihnen genöthigt seien, die Pflegerinnen aber, denen man sie übergeben, einen Erwerbszweig aus der Verpflegung derselben machten, so liege es nahe, die Konsequenzen zu ziehen. Die Abhülfe der aus diesen Verhältnissen entspringenden Gefahr könne nun entweder durch Einführung strenger polizeilicher Controlle, oder aber, wie es sich in andern Städten bewährt habe, und wie es einigermaßen vergleichbar für die ehelichen Kinder der ärmeren Classen auch hier durch die Kleinkinder-Bewahranstalt geschehe, durch Einrichtung von s. g. Krippen getroffen werden, d. h. von öffentlichen Anstalten, in denen Kinder der genannten Art gegen eine äußerst mäßige Bezahlung verpflegt und in allen Lebensbedürfnissen erhalten würden. Welches dieser beiden Auskunftsmittel vorzuziehen sei, wolle er für jetzt dahin gestellt sein lassen; nur sei, was des erstern betreffe, zu beachten, daß hinsichtlich solcher Kinder, welche hier wohnortsberechtigt seien, nur im Wege der Gesetzgebung, also von dieser Versammlung aus nur durch eine Petition an die gesetzgebende Gewalt, geholfen werden könne, während allerdings bei den hier nicht wohnortsberechtigten Kindern, welche hier verpflegt würden, wohl ohne Weiteres eine obrigkeitliche Beaufsichtigung sich werde einrichten lassen. Jedenfalls halte er dafür, daß dieser Gegenstand zu einer gründlichen commissarischen Berathung geeignet sei.

Nachdem noch Herr Leiste Bedenken gegen die, wie es scheine, beabsichtigte Uebertragung leicht mißbrauchbarer Rechte auf die Polizeibehörde geäußert und die Meinung ausgesprochen hatte, daß durch Verschärfung der obervormundschaftlichen Aufsicht der Gerichte, am Besten jenen Gefahren vorgebeugt werden könne, überwies der Herr Vorsitzende den Antrag der Statuten-Commission zur Prüfung und Bericht-Erstattung.

**N<sup>o</sup> 10.**

(Fortsetzung der Beilage zu N<sup>o</sup> 277 de 1863 der  
Braunschweigischen Anzeigen.)

**1863.**

## Verhandlungen

### der Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 3. December 1863.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Jüdel und Kellner.

Nachdem der Vorsitzende, Herr Land syndicus Desterreich, die Sitzung eröffnet hatte, und das Protocoll der Sitzung vom 5. November d. J. genehmigt war, wurde

I. das Wort ertheilt an Herrn Häusler, welcher den Antrag stellte:

die Versammlung wolle beschließen, an den Stadtmagistrat die Aufforderung zu richten, in seinem und der Stadtverordneten-Versammlung Namen an das Herzogliche Staatsministerium eine Zuschrift zu richten, des Inhalts, daß die städtischen Behörden und, wie sie aussprechen zu können überzeugt seien, die gesammte städtische Bevölkerung zur Uebernahme der Lasten und Opfer mit Freuden bereit seien, welche durch den zur Wahrung und Sicherstellung der Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu ergreifenden Maßregeln bei der von Sr. Hoheit dem Herzoge und der Landesregierung zu dieser deutschen Sache eingenommenen, dankbarst anerkannten Stellung würden verursacht werden.

Der Herr Antragsteller erklärte, daß er sich bei der Motivirung seines Antrages kurz fassen könne, da die Wichtigkeit und Heiligkeit der Aufgabe Deutschlands, von welcher derselbe handle, keiner Erörterung bedürfe; er wolle daher nur die Gründe anführen, welche die Annahme des Antrages als zweckmäßig erscheinen ließen. Wenn

nämlich in der vorgeschlagenen Manifestation der Dank der städtischen Behörden für die von der Landesregierung eingenommenen Stellung zur Schleswig-Holsteinischen Frage, und zugleich die Erklärung enthalten sei, daß man sich den in Folge dieser Stellung etwa nothwendig werdenden Opfern gern und freudig unterziehen wolle, so diene dieselbe dazu, das glückliche Einvernehmen zu constatiren, in welchem Herrscher und Volk in dieser Angelegenheit bei uns zusammen ständen, und die von der Regierung eingenommene Stellung zu sichern und zu kräftigen durch das Aussprechen der Thatfachen, daß die ganze Bevölkerung hinter ihr stehe und sie mit Leib und Gut unterstützen wolle. Die Anregung einer solchen Manifestation liege denn aber auch in der Befugniß dieser Versammlung, weil es sich um Opfer und Lasten handle, durch die das städtische Interesse nicht wenig berührt werde. Was übrigens die Form betreffe, in welcher sein Antrag zur Ausführung zu bringen sei, so werde es dem Stadtmagistrate zu überlassen sein, die Gesinnung der städtischen Bevölkerung in beredteren und wärmeren Worten auszusprechen, als es in den wenigen Worten seines Antrages habe geschehen können.

Der Herr Vorsitzende verstellte den Antrag, da wohl jedes Mitglied der Versammlung mit dem Gegenstande desselben hinlänglich vertraut sei, sofort zur Berathung.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärte, daß er über denselben mit seinen Collegen noch keine Rücksprache habe nehmen können, daß er aber die Gewißheit aussprechen zu dürfen glaube, sie sämmtlich würden sich gerne dem Antrage anschließen.

Herr Leiste, in der Sache selbst völlig einverstanden, hielt es für wünschenswerth, in dem Schreiben den Stadtmagistrat zugleich zu ersuchen, die erforderlichen Schritte zu thun, um die Schleswig-Holsteinische Frage zum Gegenstande der Verhandlung und Beschlußfassung auch des deutschen Städtetages zu machen. Da aber der Herr Antragsteller bemerkte, daß der deutsche Städtetag noch gar nicht organisiert sei, so zog Herr Leiste seinen Zusatz-Antrag zurück, und die Versammlung genehmigte einstimmig den Häusler'schen Antrag.

Hierauf berichtete

II. Herr Bode für die Statuten-Commission über ein mittelfst Schreibens vom 29. November d. J. vorgelegtes Statut, Sicherungsmittel gegen die Verbreitung von ungesundem, insbesondere trichinenhaltigem, Schweinefleisch betreffend. Derselbe bemerkte, daß, wie der Versammlung bekannt sei, die Herzogliche Polizeidirection eine Verfügung dieserhalb bereits erlassen habe, welche indessen, da sie nur 14tägige Gültigkeit habe, durch ein Statut ersetzt werden müsse, und daß die Sache um so dringlicher sei, als nicht bloß den der Gesundheit und dem Leben der Menschen drohenden Gefahren vorgebeugt, sondern auch einer ganzen Classe von Gewerbetreibenden Schutz gewährt werden müsse.

Die Commission habe nun die bereits durch die Anzeigen bekannt gemachte polizeiliche Anordnung im Wesentlichen gebilligt und nur die nachfolgenden Aenderungen für zuträglich gehalten, welche auch bereits die Zustimmung sowohl des Stadtmagistrats als des Herzoglichen Polizeidirection erhalten hätten.

1) Im §. 1 möge statt: »und jedenfalls bevor deren Fleisch zum Verbrauche zubereitet wird,« gesagt werden: »zum Verbrauche zerlegt wird.«

2) Für den Schlusssatz des §. 4 wird folgende Fassung vorgeschlagen:

»Wird das Schwein von den Sachverständigen für ungesund erklärt



so hat derselbe der Herzoglichen Polizeidirection sofort Anzeige zu machen und bis zu deren Entscheidung behuf der sicheren Aufbewahrung des krank befundenen Schweines die nöthigen Anordnungen zu treffen, denen der Eigenthümer sich zu fügen hat.«

3) Für den §. 5 folgende:

»Die Kosten der Untersuchung hat der Eigenthümer zu entrichten, und werden dieselben, wenn auf Anforderung Zahlung nicht erfolgt, auf Verfügung der Herzoglichen Polizeidirection executivisch eingezogen.

Die Gebühren der Sachverständigen werden für ein Schwein auf 10 g und für jedes weitere bei demselben Eigenthümer gleichzeitig geschlachtetes Schwein auf 5 g festgestellt.

Findet die Untersuchung vor den Thoren oder während der Nachtstunden statt, so ist der doppelte Betrag der einfachen Gebühr zu entrichten.«

4) Im §. 6 möge gesagt werden, statt »mit Geldbuße bis zu 10  $\text{fl}$ « — »mit Geldbuße von 1 bis zu 10  $\text{fl}$ .«

Endlich möge

5) als §. 7 folgende Bestimmung hinzugefügt werden:

»Die Herzogliche Polizeidirection ist befugt, im Einverständnisse mit den städtischen Behörden auch dasjenige Schweinefleisch, welches, sei es roh oder schon zubereitet, von auswärts in die hiesige Stadt eingeführt wird, auf Kosten der Eigenthümer einer Untersuchung durch Sachverständige unterziehen zu lassen, und finden auf die zur Sicherung solcher Maßregel erlassenen Anordnungen die Strafbestimmungen des §. 6. dieses Statuts ebenfalls Anwendung.«

Herr Bode motivirte sowohl die Bestimmungen des Entwurfes selbst als die Abänderungsvorschläge im Einzelnen.

Bei der darüber entstehenden längeren Debatte erläuterte zuvörderst der Herr Vorsitzende, daß man es den Betheiligten nicht habe überlassen können, sich jedesmal über die den Sachverständigen zu zahlende Entschädigung zu vereinigen; bei Bestimmung der vorgeschlagenen Sätze glaube man die richtige Mitte getroffen zu haben, und es hätten sich auch die betreffenden Aerzte mit dem ausgesetzten Honorare einverstanden erklärt.

Auf die Bemerkung des Herrn Nothdurft, daß die Bestimmung des §. 5., nach der die »während der Nachtstunden« vorgenommene Untersuchung höher honoriert werden solle, Zweifel erregen könne, wurde von dem Herrn Referenten und dem Herrn Vorsitzenden erwidert, daß sich eine andere genauere Bestimmung kaum treffen lasse, daß eine ähnliche Ausdrucksweise in anderen Gesetzen bereits vorkomme, und daß die Herzogliche Polizeidirection die Bestimmung für unbedenklich gehalten habe.

Sodann erklärte Herr Bantler die Zahl der bisher zu Sachverständigen ernannten 6 Aerzte für viel zu gering, und sprach seine Verwunderung aus, daß unter denselben sich nicht ein einziger Thierarzt befinde. Es sei dies um so auffallender, als nach den Eingangsworten der Vorlage es sich nicht blos um mikroskopische Untersuchung auf Trichinen, sondern überhaupt um Prüfung des Gesundheitszustandes der Schweine handeln solle, in dieser Hinsicht aber Thierärzte wohl competentere Beurtheiler sein möchten, als Menschenärzte. Es scheine ihm dies einen Eingriff in

die Gerechtsame der Thierärzte zu enthalten, und sei es Pflicht der städtischen Behörden, deren Rechte dem Herzoglichen Obersanitäts-Collegium gegenüber zu vertreten.

Die Herren Bode, Uhde, Kronheim, Lissebon und Leiste, welche sich über diesen Punkt äußerten, constatirten sämmtlich, daß die Fassung des Statuts keinen Zweifel übrig lasse, daß auch Thierärzte mit der betreffenden Untersuchung obrigkeitlich beauftragt werden könnten, sprachen aber insgesammt die Ansicht aus, daß man die Entscheidung lediglich dem Herzogl. Obersanitäts-Collegium überlassen müsse, welches allein befugt sei, zu prüfen, ob die angestellten Thierärzte zur Vornahme jener Untersuchungen die nöthigen Kenntnisse besäßen, und hielten dafür, daß bei der verhältnismäßig großen Abneigung, welche die meisten der aufgeforderten Aerzte gegen die Uebernahme des betreffenden, wenig einträglichen und uninteressanten Geschäftes gezeigt hätten, jene Behörde gern auch die befähigten Thierärzte mit unter die zu ernennenden Sachverständigen aufnehmen werde. Die bisherige Zahl der Sachverständigen habe sich allerdings als zu gering herausgestellt, und seien bereits drei Substitute bezeichnet worden.

Die Herren Lissebon und Rischbieter erklärten dann ferner die gegen das Einschleppen von ungesundem Schweinefleisch von auswärts vorgeschlagene Maßregel unzureichend und allzuunbestimmt und waren der Meinung, daß hier nur eine strenge Controle an den Thoren helfen könne. Hiergegen sprachen sich indessen der Herr Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister Caspari und Herr Bode aus, einmal, weil es ohne die größte Belästigung unmöglich sei, eine genügende Controle an den Thoren einzuführen, da man z. B. nicht jede Wurst behuf der Untersuchung an den Thoren aufschneiden lassen könne; dann aber, weil bei den einzuführenden Sicherungsmaßregeln hinsichtlich des in der Stadt geschlachteten Viehes auswärts geschlachtetes hier kaum noch einen Markt finden werde; endlich, weil man auch auswärts allgemein Vorichtsmaßregeln zur Anwendung bringen werde, wenn sich, was bisher glücklicher Weise nicht der Fall, die Besorgniß wegen Ausbreitung des Uebels in erheblicher Weise bestätigen sollte.

Bei der Abstimmung wurde dann auch das Statut in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung genehmigt, während der Antrag des Herrn Bantler, dahin gehend:

daß der Stadtmagistrat ersucht werde, sich bei dem Herzoglichen Obersanitäts-Collegium wegen Zulassung der Thierärzte zu den Sachverständigen-Stellen zu verwenden,

verworfen wurde.

Dagegen genehmigte die Versammlung ferner einen Antrag des Herrn Duenstedt:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, Vorsorge treffen zu wollen, daß die in hiesiger Stadt durch das genehmigte Statut getroffenen Sicherungsmaßregeln im Interesse der betreffenden Gewerbe durch die öffentlichen Blätter auch im Auslande zur allgemeinen Kenntniß gebracht würden, und der andere der Commission:

das Ersuchen an den Stadtmagistrat zu richten, derselbe wolle in Erwägung ziehen, ob die Errichtung eines öffentlichen Schlachthauses nicht thunlich sei.

Es kam hierauf

III. der mittelst Schreibens vom 28. October d. J. vom Stadtmagistrate zur Genehmigung vorgelegte Stadtcassen-Etat neben den Neben-Etats für das Jahr 1864 zur Berathung.

Herr Uhde, welcher den Bericht für die Finanz-Commission übernommen hatte, stellte zunächst namens derselben den Antrag:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Anordnung zu treffen, daß künftig im Stadtcassen-Etat der Vermögensbestand der Stadt mit seinen Veränderungen gegen das Vorjahr aufgenommen werde;

was die Versammlung ohne Debatte genehmigte, und wandte sich dann zu den einzelnen Einnahme- und Ausgabe-Positionen, welche er mit den erforderlichen Erläuterungen begleitete.

Folgende Posten gaben zu Verhandlungen in der Versammlung Veranlassung:

Bei Cap. VIII. der Einnahmen machte Herr Häusler darauf aufmerksam, daß nicht correct verfahren werde, wenn das Herzogliche Stadtgericht bei Verlassung von Grundstücken an Frauenzimmer auch dann die Production eines Markgenossenscheins verlange, wenn ein solches Frauenzimmer hier das Einwohnerrecht habe und wenn der Magistrat dem entsprechend solche Markgenossenscheine ausfertige, während es doch im §. 12 der Städteordnung heiße: »Markgenossen sind Alle, welche im Stadtbezirke Grundbesitz, das Recht des Wohnsitzes daselbst aber nicht haben.«

Der von demselben mit dem Bemerken, daß der eventuell zu erwartende Ausfall in der Einnahme dieser Position kaum nennenswerth sein werde, gestellte Antrag:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, mit dem Herzoglichen Stadtgerichte hieselbst deshalb in Verhandlung zu treten, daß die Praxis desselben, nach welcher Frauenzimmer beim Erwerbe von Grundeigenthum einen Markgenossenschein lösen müßten, auch wenn sie hier wohnortsberechtigt seien, aufgegeben werde,

wurde von der Versammlung angenommen.

Ebenso wurden die vom Magistrate beantragten Gehaltserhöhungen, als:

- 1) für den Copiisten Müller, von 250 auf 300 \$,
- 2) für den Bauaufseher Böcker von 270 auf 300 \$,
- 3) für den Archivar Hänselmann von 250 auf 300 \$,

ohne Weiteres genehmigt.

Ferner wurde

ad Cap. VII, B., der Ausgaben der Commissions-Antrag:

daß die Gasbeleuchtung im Stadthause auch auf die zur Schreiberei benutzten Localitäten ausgedehnt werde;

und

ad Cap. VII, D. der Antrag:

die Versammlung möge das dringende Ersuchen an den Stadtmagistrat richten, daß derselbe alle ihm zu Gebote stehenden Mittel anwende, um die Herzogliche Landesregierung zu veranlassen, daß auch für das nächste Jahr statt des verwilligten Minimalbetrags von 6000 \$ wiederum ein Beizug von 12000 \$ zu den Kosten der städtischen Straßenpflasterung verwilligt werde,

zum Beschlusse erhoben.

Zu Cap. IX. — Verwendungen auf Schulanstalten — stellte Herr Häusler den Antrag:

den Magistrat zu ersuchen, hinsichtlich der s. g. niederen Volksschulen, früheren Armenschulen, insbesondere hinsichtlich der etatsmäßigen Behandlung der Ausgaben für dieselben, diejenigen Aenderungen zu treffen, welche durch die gegenwärtige Stellung dieser Gemeindeschulen bedingt sind, und motivirte denselben insbesondere damit, daß nach der veränderten Stellung dieser s. g. niederen Volksschulen sie als ein Bestandtheil der Armenpflege nicht wohl mehr angesehen werden könnten, und daß sich die beantragte den Etat nur formell berührende Aenderung auch schon aus Zweckmäßigkeitsgründen empfehle. Schon jetzt ständen diese Schulen, welche nach dem betreffenden Statute eigentlich einer vom Armendirectorium zu ernennenden Deputation unterstellt sein sollten, unter der Aufsicht des städtischen Schuldirectors. Nur etwa der für den armen Kindern unentgeltlich zu liefernde Lehrmaterialien angelegte Posten würde im Etat des Armenwesens beizubehalten sein. Dem entsprechend empfahl Herr Häusler auch eine Aenderung in der Bezeichnung dieser Schulen, indem er vorschlug, sämtliche Schulen als Gemeindeschulen zu bezeichnen, und die jetzigen Bürgerschulen etwa als höhere von den niederen zu unterscheiden.

Nachdem Herr Overbürgermeister Caspari sich mit dem Antrage im Ganzen einverstanden erklärt und bemerkt hatte, daß es bei Annahme desselben wünschenswerth sei, schon den vorliegenden Etat danach umzuändern, wurde derselbe von der Versammlung genehmigt.

Die außergewöhnliche Höhe der für unvorhergesehene Ausgaben angelegten Position — über 8000  $\text{fl}$  — rechtfertigte der Herr Referent unter Andern damit, daß der für das nächste Jahr hier angemeldete Deutsche Handelstag viele Ausgaben veranlassen werde.

Zu dem besondern Etat der Armen-Casse wurde die beantragte Erhöhung der Gehalte der Armenboten von 120 auf 144  $\text{fl}$  bewilligt und zugleich dem Antrage statt gegeben, daß von der Remuneration von 200  $\text{fl}$ , welche der verstorbene Armenarzt Dr. Balke als Assistent des Medicinalraths Dr. Franke bezogen habe, die Summe von 60  $\text{fl}$  an den Dr. med. Prael II. und der Rest zu 140  $\text{fl}$  an den Stadtrath Bammel gezahlt werde, welche Herren die Geschäfte des Assistenten übernommen haben.

Gleichfalls wurde, bei dem Etat der Casse der Gemeindeschulen, die Zustimmung ertheilt zu der Erhöhung des Gehaltes des zweiten Zeichenlehrers an der Bürgerschule, Brettschneider, von 120  $\text{fl}$  auf 150  $\text{fl}$ , sowie zu der Erhöhung der Remuneration für die Lehrer, welche in den getheilten Elementarclassen der Bürgerschulen eine vermehrte Anzahl Unterrichtsstunden zu ertheilen haben, von 240  $\text{fl}$  auf 360  $\text{fl}$ .

Da sich nach dem Abschlusse ein Deficit von 55,000  $\text{fl}$  herausstellte, so erklärte sich die Versammlung schließlich damit einverstanden, daß diese Summe durch eine nach den früheren Grundsätzen auszuschreibende Communal- und Armensteuer gedeckt werde, und ertheilte demnach dem Stadtcassen-, sowie den sämtlichen beigefügten Nebenetats, insbesondere auch dem Etat der Wegebaucasse und der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde ihre Zustimmung.

IV. In einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 14. November d. J. wird auf den Vorschlag des Stadtbaumeisters darauf angetragen, dem Cassencontrollleur Stü-



bing unter Berücksichtigung seiner tadellosen Dienstführung für dieses Jahr ein Extraordinarium von 10 ₰ zu bewilligen, vom nächsten Jahre an aber wegen der durch die Controlle der Gasbeleuchtung vor den Thoren gesteigerten Mühwaltung die laufende Remuneration desselben auf 7 ₰ monatlich zu erhöhen.

Die Finanz-Commission, für welche Herr Uhde den Bericht erstattete, hat sich einverstanden erklärt, und die Versammlung ertheilte ihre Zustimmung ohne Debatte.

Gleichfalls Herr Uhde berichtete

V. für dieselbe Commission über ein Magistrats Schreiben vom 28. Novbr. d. J., in welchem der Antrag gestellt wird, jedem der vier Pedellen an den Volks- und Bürgerschulen vom nächsten Jahre an eine Zulage von 20 ₰ zu ertheilen. Motivirt wird derselbe damit, daß die Pedellen in Folge der Vermehrung der Classenzahl, auch mit Hilfe ihrer Frauen, nicht im Stande seien, die zwei Mal wöchentlich vorgeschriebene Reinigung der Schulclassen zu besorgen, dazu vielmehr fremde Personen nöthig hätten, denen sie jedesmal eine Vergütung von mindestens 5 ₰ zahlen müßten.

Ungeachtet von einigen Seiten der jetzige Gehalt der Pedellen in Berücksichtigung, daß sie freie Wohnung, Holz und Licht erhielten, für genügend erklärt wurde, so ertheilte doch die Majorität der Versammlung dem Antrage ihre Zustimmung.

VI. Gleichfalls auf den Bericht des Herrn Uhde wurde eine in einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 28. November d. J. beantragte außerordentliche Unterstützung von 25 ₰ für den Schullehrer Winkelmann bewilligt.

Schließlich beschäftigte sich die Versammlung

VII. in vertraulicher Sitzung mit der Berathung einer großen Anzahl von Gesuchen um Ertheilung des Wohnortsrechts.